

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

*Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!*



## Der Finanzkrise nächster Akt

(von Staaten, privaten Haushalten und Unternehmen) aufrecht zu erhalten ist an seine Grenzen gestoßen.

– Speziell in Europa kommen als weitere Krisenursache die großen Unterschiede bei der Leistungsfähigkeit der nationalen Ökonomien im einheitlichen Währungsraum des Euro dazu.

### Die aktuelle Krisenlage

Akut äußert sich die Krise hauptsächlich in folgenden Erscheinungsformen:

- Als Staatsschuldenkrise
- Als Bankenkrise (jetzt hauptsächlich in Spanien)
- Als massive Rezession (Griechenland, Spanien und Portugal)
- Als Krise der Euro-Zone insgesamt. Es ist weiterhin fraglich, ob die Euro-Zone langfristig in der jetzigen Form bestehen bleiben kann.

derung ihrer Zahlungsfähigkeit, der Staatsbankrott. Griechenland, Portugal und Irland sind bekanntlich von den diversen Rettungsschirmen der EU abhängig. Spanien und Italien haben Schwierigkeiten, sich an den Märkten zu akzeptablen, tragfähigen Zinsen zu finanzieren. Dabei ist der Unterschied zwischen den Krisenländern und den „soliden“ Ländern nur ein gradueller. Eine kleine Verschiebung Richtung Krise kann bereits ein weiteres bisher „solides“ Land zu einem Krisenland machen. Zypern hat ja bereits Hilfe beantragt, Slowenien könnte das nächste Land werden.

### Bankenkrise

Die Bankenkrise hat sich im letzten Jahr nach Spanien verlagert. Dort ist immer offensichtlicher geworden, der geplatzte Immobilienboom zieht eine massive Bankenkrise nach sich. Schätzungen – wirklich genaue Daten sind nicht bekannt – sprechen von 180 Milliarden Euro Einbußen/Verlusten der spanischen Banken aufgrund von notleidenden Krediten. Neben Immobilien-Krediten sind auch viele Kredite an Unternehmen außerhalb

*Fortsetzung auf Seite 3*

Vor einem Jahr wurde die Finanzkrise ausführlich behandelt (siehe Arsti. Nr. 174). Die weitere Entwicklung hat die damals vorgelegte Einschätzung bestätigt. Eine tiefgreifende Veränderung der Situation hat es seitdem nicht gegeben.

Wie festgestellt, ist der ökonomische Hintergrund folgender:

- Die kapitalistischen Zentren sind von einem langfristigen (bereits Jahrzehnte andauernden) Trend zur Wachstumsschwäche gekennzeichnet.
- Immer mehr Kapital hat Schwierigkeiten sich zu verwerten, und erweist sich damit aus kapitalistischer Sicht als (eigentlich) überflüssiges Kapital.
- Der Versuch die Prosperität der Wirtschaft durch Kreditausweitung

### Staatsschuldenkrise

Seit 2010 ist die Staatsschuldenkrise bei einzelnen Ländern akut. Wegen steigender Zinsforderungen droht den betroffenen Staaten die Überfor-

## Inhalt

|                                                                      |       |
|----------------------------------------------------------------------|-------|
| Der Finanzkrise nächster Akt                                         | S. 1  |
| Spanien – Die Abwärtsspirale dreht sich weiter                       | S. 9  |
| Spendenauftrag der Reisegruppe nach Griechenland                     | S. 17 |
| Die Leichtlebigen – über den Charakter einer Regierung               | S. 18 |
| Wahlnachlese Venezuela                                               | S. 19 |
| Der grosse Sieg des Raubgesindels                                    | S. 22 |
| Zum 130. Geburtstag von Karl Grönsfelder                             | S. 26 |
| Unsere Jahreskonferenz & Zur Lage der Gruppe                         | S. 31 |
| Kritische Anmerkungen zu „Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals“ | S. 29 |

## In eigener Sache

Die Krise des Kapitalismus bleibt, ihrer überragenden Bedeutung nach, weiterhin unser Hauptthema. Das war auch auf unserer Jahreskonferenz so, über die wir in diesem Heft kurz berichten. Das Referat über die Krisenentwicklung veröffentlichen wir am Anfang dieser Nummer. In den Ländern, in denen der ökonomische und finanzielle Niedergang zunimmt, werden auch die politischen Gegensätze schärfer. Der Widerstand gegen die einseitige Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen und werktätigen Massen wächst. Am stärksten trifft das auf Griechenland und die iberische Halbinsel zu. Besonders in Spanien, das am weitesten entwickelt ist, kommt es laufend zu Massenaktionen. In einem ausführlichen Artikel gehen wir auf diese Widerstandswelle ein. Auch in Ländern, wo bisher anti-kommunistische Hysterie grassierte, scheint sich etwas zu ändern. Ein Genosse aus Prag berichtet über die dortige Regierungspolitik. Übrigens – über die Wahlen in Venezuela und über den Sieg von Chavez haben die deutschen Medien auffällig wenig berichtet. Wir drucken eine Wahl-nachlese von Dario Azzellini ab.

Alle fünf Minuten verhungert auf der Welt ein Kind unter 10 Jahren. Pro Tag sterben 57 000 Menschen

an Hunger. Der ehemalige UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Professor Jean Ziegler, hat in seinem neuesten Buch die Schuldigen benannt. Einige Passagen daraus und eine Rezension darüber aus der schweizerischen WOZ drucken wir nach. Zu den Schuldigen, die die Menschen „verhungern lassen“, gehört auch die schwarz-gelbe Bundesregierung. Statt die Mittel für die Entwicklungshilfe zu erhöhen, wurden sie jüngst gekürzt. Das vorgegebene UNO-Ziel von sieben Prozent wurde einfach negiert – heute steht man bei drei Prozent.

Zu lesen ist in diesem Heft auch der Bericht zur Lage der Gruppe. Mit der Würdigung Karl Grönsfelders werfen wir einen Blick in die Vergangenheit und Vorgeschichte unserer Gruppe.

Bei Redaktionsschluss kam die Nachricht, dass deutsche Soldaten, ausgerüstet mit Flugabwehr-Raketen, an die türkisch-syrische Grenze entsandt werden – mitten in den Hexenkessel des nahen Ostens! Die Begründung, der „Bündnisfall“ sei eingetreten, ist eine glatte Lüge. Syrien hat die Türkei nicht angegriffen; andererseits hat die syrische Luftabwehr ein Spionageflugzeug abgeschossen, das in ihren Luftraum eingedrungen war. Außer der Partei Die Linke sind alle Bundes-

tagsparteien für diese deutsche Militärintervention.

Wo bleibt die Friedensbewegung?

Aus technischen Gründen wurden in der letzten Nummer die Anmerkungen zu Jörg Wollenbergs Artikel „Rosa Luxemburg und die Bremer Linke“ weggelassen. Wer sich dafür interessiert, kann sie bei uns anfordern. Selbstverständlich ist der komplette Text auch unter [www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org) zu lesen.



### Wir danken allen Spendern und Abozahlern!

Leider haben eine Menge Arsti-Bezieher das Jahresabo noch nicht bezahlt.

Durch Verschulden der Post war es uns heuer nicht möglich, einem größeren Teil der Leser einen Zahlschein zukommen zu lassen.

Ohne die (auch) finanzielle Unterstützung unserer Leser kann aber auch unsere Zeitschrift langfristig nicht überleben!

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presse-rechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)  
[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

des Immobilienbereichs betroffen. Die Firmen sind wegen der Rezession in Spanien in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Diese 180 Milliarden sind zu unterscheiden von den ca. 60 Milliarden, die zur Rekapitalisierung der Banken benötigt und wahrscheinlich vom ESM aufgebracht werden müssen. Der Unterschied erklärt sich zum einen aus den Verlusten, die die Banken selber tragen müssen (und angeblich können) und aus bereits geleisteten Hilfen des spanischen Staates. Die 60 Milliarden wurden bei dem jüngst von der US Beratungsgesellschaft Oliver Wyman durchgeführten Stresstest zur Bestimmung des zusätzlichen Kapitalbedarfs ermittelt. Dabei ist die Verteilung auf die Banken sehr unterschiedlich. Die drei größten spanischen Banken (Santander, BBVA, la Caixa) könnten nach dieser Untersuchung auch unter ungünstigen Annahmen für die weitere Entwicklung überleben. Der Löwenanteil des Kapitalbedarfs, nämlich 49 Milliarden, entfällt auf vier bereits notverstaatlichte Banken (Bankia, Catalunya Caixa, Novagalicia und Banco de Valencia). Ob allerdings diese Zahlen das letzte Wort sind, ist offen. So wird z. B. von Kritikern bemängelt, dass in der Untersuchung davon ausgegangen wird, die spanischen Banken können ihren Bestand an Problemkrediten bei einer weiteren Verschlechterung der Lage, relativ leicht durch Verkauf verringern (ohne dass aufgezeigt wird, wer und zu welchen Konditionen diese Kredite übernehmen soll). Zum zweiten ist auch der zusätzliche Finanzierungsbedarf, der durch die massive Kapitalflucht aus Spanien entsteht, nur relativ gering und wahrscheinlich nicht ausreichend berücksichtigt (nach Angaben der Zentralbank in Madrid wurden im 1. Halbjahr 2012 insgesamt 219,8 Milliarden Euro aus Spanien abgezogen. Im gleichen Zeitraum von 2011 war noch ein Kapitalzufluss von 22,5 Milliarden zu verzeichnen).

Das Bankenproblem ist in Spanien offensichtlich, latent aber auch in anderen Ländern vorhanden. Die Verhältnisse sind dabei für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Man muss davon ausgehen, dass versucht wird die wahren Verhältnisse, ähnlich wie in Spanien, zuerst einmal schönzureden bzw. zu rechnen. Die Bankenkrise

hat außerdem einen direkten Bezug zur Staatsschuldenkrise. Denn viele Banken besitzen erhebliche Mengen von Staatspapieren. Steigen die Renditen (Zinsen) der Staatspapiere, fällt der Kurs der bereits im Bankbesitz befindlichen (Alt-)Papiere, die Banken müssen entsprechende Verluste ausweisen und haben dann plötzlich zu wenig Eigenkapital.



### Rezession

Durch die harten Sparprogramme in den betroffenen Ländern wurde, wie zu erwarten, die Krise weiter verschärft. Spanien und Griechenland z. B. befinden sich in einer schweren Rezession, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Arbeitslosigkeit ist in beiden Ländern auf weit über 20 % gestiegen, bei den Berufsanfängern auf über 50 %. Einer ganzen Generation droht damit die ökonomische Perspektivlosigkeit. Trotz der vielen Kürzungen und der Sparpläne, die im schnellen Rhythmus immer weiter verschärft werden, konnte bei den Staatsdefiziten die angestrebte Verringerung der Neuverschuldung nicht erreicht werden. Denn durch die Rezession gehen selbstverständlich auch die eingenommen Steuern zurück und reißen neue Löcher in die Staatshaushalte. Überhaupt erweisen sich die mit der Troika vereinbarten

Pläne als Makulatur. So hätte z. B. Griechenland nach dem zusammen mit dem ersten Hilfspaket 2010 vorgestellten Plan bereits 2012 wieder ein Wirtschaftswachstum von 0,6 % erzielen sollen. Heute geht man von einem Minus von 6,2 % für 2012 aus. Auch in den vergangenen Jahren waren die Zahlen meistens erheblich schlechter als vorhergesagt.

### „Krisenbewältigung“ in der Euro-Zone

Der Euro-Raum hat gegenüber anderen Volkswirtschaften den Nachteil, dass er in sich viel uneinheitlicher ist als der Wirtschaftsraum von Nationalstaaten. Der Grad der Vergemeinschaftung ist sehr unterschiedlich. Es gibt eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik, einen gemeinsamen Markt für Waren, aber nur eingeschränkt einen gemeinsamen Markt der Arbeitskräfte. Die Krise erzwingt jetzt Entscheidungen. Entweder wird die Vereinheitlichung Europas weiter vorangetrieben, oder man geht wieder einen Schritt zurück, man schafft innereuropäische Transfer- und Ausgleichsmechanismen oder Länder wie Griechenland müssen den Euro wieder aufgeben (was ja von einigen Ökonomen wie etwa Hans-Werner Sinn gefordert wird). Die Regierungen müssen die Mechanismen der gemeinsamen Entscheidungsfindung verbessern bzw. in bestimmten Gebieten erst neu entwickeln. Bei allen diesen Themen stoßen Interessengegensätze hart aufeinander und müssen jeweils neu austariert werden. Interessengegensätze zeigen sich zwischen den Staaten bzw. den jeweiligen nationalen Bourgeoisien, vertreten durch ihre Regierungen, aber auch innerhalb der Staaten zwischen verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen. Zu unterschiedlich ist das jeweilige Interesse an einem einheitlichen europäischen Wirtschafts- und Währungsraum und die Gefahr bzw. die Angst die potentiellen Krisenlasten mittragen zu müssen. Im Namen der Effizienz und der schnellen Entscheidungsfindung erfolgt auch ein Angriff auf alte Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, wie das Budgetrecht der Parlamente. Dieses und andere Rechte drohen von



technokratischen Einschränkungen und Vorgaben ausgehöhlt zu werden bzw. die wesentlichen Entscheidungen werden gleich auf supranationale Gremien der Exekutiven verlagert.

Das Beibehalten der gemeinsamen Währung scheint aber in der Euro-Zone zum Symbol des Widerstands gegen die unkontrollierte Ausbreitung der Krise geworden zu sein. Offensichtlich gibt es jetzt bei den Regierungen, der EZB dem IWF etc. Konsens darüber, dass der Euro in seiner jetzigen Ausdehnung erhalten bleiben soll. Ein Auseinanderbrechen des Euro könnte das Signal für eine weitere Krisenverschärfung auf nochmals höherem Niveau sein und die Unfähigkeit der Politik zur Steuerung des Geschehens aufzeigen. Das heißt allerdings nicht, dass das Vorhaben den Euro-Raum beizubehalten und durch weitere Vergemeinschaftung (Bankenunion, europäischen Bankenaufsicht bei der EZB etc.) abzusichern langfristig auch gelingt. Man hat sich dazu entschlossen, trotz der Probleme im einheitlichen Währungsraum und der großen Unterschieden in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften. Diese Unterschiede werden durch den harten Sparkurs in den Krisenländern noch verstärkt. Durch die starke Rezession und dem damit schrumpfenden BIP wächst die Kluft in den Wirtschaftsleistungen zwischen den Ländern weiter. Es zeichnet sich auch immer deutlicher ab, dass es für Länder wie Griechenland unmöglich ist, alle im Rahmen des Krisenmanagements erhaltenen Kredite ordentlich zu verzinsen und zurückzuzahlen. Eigentlich weiß das jeder, offiziell eingestanden ist es aber noch nicht.

### Politische Folgen

Die Politischen Folgen sollen hier nur ganz kurz zusammengefasst werden. In Spanien und Portugal sind konservative Regierungen an die Macht gekommen, die die Sparpolitik verschärft fortsetzen (auch wenn sie es vorher anderes versprochen haben). In Griechenland ist im zweiten Anlauf dann doch eine Regierung zustande gekommen, die die Vorgaben der Troika weiter exekutiert, zumindest vorerst einmal. Sollte jemand Hoffnungen auf den Machtwechsel in

Frankreich gesetzt haben, inzwischen ist klar, Hollande verändert den Kurs nicht wirklich. In Deutschland hat die Entscheidung des Verfassungsgerichts keine Störung des Regierungskurses bewirkt. Das ist letztlich nicht überraschend, auch wenn manche, aus ganz unterschiedlichen Gründen, Hoffnungen an ein Einschreiten des Verfassungsgericht geknüpft haben.



Zusammenfassend lässt sich sagen, noch gibt es keine Änderung der Richtung. Der Kurs der Austerität wird allgemein fortgesetzt, trotz der desaströsen Ergebnisse, die sich bereits zeigen.

### Steht doch eine wesentliche Änderung bevor?

Kommt es zu einem Abschwung auch in den bisher wirtschaftlich starken Ländern? In den letzten Jahren haben Deutschland (und mehr oder weniger auch die anderen „starken“ Euro-Staaten) von einer durch die Weltmarkt-Nachfrage getriebenen Exportkonjunktur profitiert. Diese Sonderkonjunktur scheint jetzt zu Ende zu gehen. Die Zahlen zeigen ein deutliches Nachlassen der Wachstumsimpulse. Es fehlt nicht nur die Nachfrage aus den krisengeschüttelten Mittelmeerländern. Fragezeichen zur weiteren Entwicklung sind auch bei den bisherigen Konjunkturlokomotiven wie China, Brasilien und Indien angebracht. Italien ist bereits

in der Rezession, außerhalb des Euro auch Großbritannien. Jetzt droht eine Rezession in Frankreich und eventuell auch in Deutschland.

Allerdings sind die neuesten Zahlen uneinheitlich. Großbritannien z. B. hat sich wieder etwas erholt. Allgemein gibt es neben negativen Indikatoren auch Zahlen die eher gegen einen starken Einbruch sprechen. Eine sichere Einschätzung der weiteren Entwicklung ist zur Zeit noch nicht möglich und auf eine Prognose wird hier bewusst verzichtet.

### Die Maßnahmen

Nach diesem kurzen Überblick über die Entwicklungen soll im folgenden noch etwas genauer auf die Maßnahmen, die bisher zur Krisenbekämpfung eingeleitet wurden eingegangen werden.

Man kann davon ausgehen, dass für die Akteure (Regierungen, IWF, EZB) folgende Ziele handlungsleitend sind:

- Ein Ausgreifen der akuten Krise auf weitere Wirtschaftszweige und Länder zu verhindern.
- Langfristig die Krise zu überwinden und wieder zur prosperierenden Wirtschaft zurückzufinden.
- Dabei haben alle Beteiligten das Bestreben selbst möglichst wenig Krisenlasten übernehmen zu müssen.

### Rettungsschirme

Seit 2010 gibt es im Euro-Raum Rettungsschirme. Der erste wurde ad hoc für Griechenland geschaffen und seitdem wurden sie in mehreren Schritten sowohl beim bereitgestellten Volumen als auch institutionell (EFSF, ESM) ausgebaut. Durch die Rettungsschirme wird vorerst der Finanzbedarf der Krisenländer zu erträglichen Zinsen (relativ) unabhängig von den Märkten gesichert. Die Rettungsschirme bringen einen Zeitgewinn, aber keine Lösung der Krisenursachen.

### Maßnahmen der EZB

Auch die bisherigen Maßnahmen der EZB haben hauptsächlich aufschiebende Wirkung. Durch die

mehrmalige Bereitstellung von Liquidität im großen Maßstab (im Dezember 2011 und im März 2012) für die Banken, und durch die mehrmalige Senkung der Bonitätsanforderungen für Sicherheiten, die Banken bei der EZB hinterlegen müssen wenn sie sich dort finanzieren wollen, hat die EZB klargemacht, dass es eine akute Liquiditätskrise nicht geben soll und so zur Beruhigung der Märkte beiträgt. Auch das neue Programm zum Aufkauf von Staatsanleihen (Outright Monetary Transactions, OMT) soll vor allem demonstrieren, dass die Notenbank eine Liquiditätskrise von Staaten (und damit auch indirekt der Staatstitel haltenden Banken) nicht tatenlos hinnehmen will.

Nicht nur die EZB auch die FED in den USA und die Notenbanken in Großbritannien und Japan haben bedeutende Programme zum Aufkauf von Staatspapieren angekündigt und damit ihre Entschlossenheit betont jedweder Verknappung der Liquidität auch bei der Finanzierung von Staaten entgegenzutreten.

Die Notenbanken gehen dabei folgende Risiken ein:

- Inflation
- Förderung von Blasenbildung
- Verluste bei eventuell dann doch stattfindenden Staats-und/oder Banken-Bankrotten.

Noch ist unklar wie diese Maßnahmen weitergehen (bis jetzt wurden unter OMT noch keine Anleihen gekauft) und welche Auswirkungen sie letztlich haben werden. Die Wahrscheinlichkeit einer späteren Inflationssteigerung ist aber gegeben. Die Risiken auf unzureichenden Sicherheiten sitzen zu bleiben wachsen (mit einer eventuellen Überwälzung solcher Verluste auf die Staaten entsprechend ihres EZB Kapitalanteils.)

Die Notenbanken wollen eine weitere Zuspitzung der Krise verhindern und insbesondere chaotische Zustände und sich selbst verstärkende Krisenspiralen. Allerdings können die Notenbanken mit ihren Maßnahmen nichts zur Lösung der eigentlichen Krisenursache beitragen. Was sie bieten können, die Ausdehnung der Geldmenge, ist für den Patienten sowohl Aufputsch- als auch Beruhigungsmittel, hat also durchaus Wirkungen, heilt aber nicht. Im Gegenteil, die aufputschende Wirkung kann zur erneuten Blasenbildung (wo auch

immer, bei Rohstoffen, Gold, Aktien, wieder Immobilien, etc.) führen.

## Die Diktate der Troika

Durch die Maßnahmen die die Troika verordnet, sollen erklärtermaßen zwei Hauptziele erreicht werden: die Verringerung der staatlichen



Neuverschuldungsquote auf unter drei Prozent und eine Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit (sogenannte innere Abwertung).

Bisher ist dabei herausgekommen:

- Sparprogramme für die öffentlichen Haushalte,
- insbesondere Kürzungen bei Renten und Gesundheitswesen
- Lohnsenkungen und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts,
- Privatisierungen,
- diverse „Strukturreformen“ (Steuerwesen),

aber bisher praktisch keine Maßnahmen zu Stützung der Nachfrage und Konjunktur.

## Krisenpolitik – Neoliberalismus gegen Keynesianismus

Bei der Beurteilung dieser und alternativer Maßnahmen gibt es in der öffentlichen bzw. veröffentlichten Diskussion im Wesentlichen zwei Schulen.

Die Neoliberalen und die Keynesianer (jeweils vertreten mit unterschiedlichen gemäßigten oder konsequenten Varianten).

Die Vorschläge eines konsequenten Neoliberalen schauen in etwa so aus:

- Strikte Haushaltskonsolidierung, hauptsächlich durch Ausgabenkürzungen weniger durch Steuererhöhungen (wenn Steuererhöhungen dann Mehrwert- und Verbrauchsteuern).
- Reduzierung der Löhne.
- Reduzierung von Renten und anderen Sozialleistungen.
- Privatisierung von bisherigen Staatsaufgaben.
- Die Notenbanken sollen weiterhin eine strikt auf Inflationsvermeidung fixierte Politik machen.
- Keine Vergemeinschaftung der Krisenlasten (keine Transferunion).
- Rezessionen werden bewusst in Kauf genommen, sie sind ein notwendiger Bestandteil der Kur, auch wenn das nicht immer offen gesagt wird.
- Staatsbankrott und Austritt (Rauschmiss) aus der Euro-Zone sind in Kauf zu nehmen.

## Die keynesianischen Vorschläge

Die Keynesianer dagegen zeigen, dass Sparen allein eine Spirale zum Schlimmeren auslöst, deshalb sollten hohe Defizite vorübergehend akzeptiert werden.

Bei der Haushaltskonsolidierung plädieren sie eher für Steuererhöhungen statt Ausgabenkürzungen und bei Steuererhöhungen denken sie eher an Erhöhungen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Eine aktivere Rolle der Zentralbanken wird befürwortet, Inflation ist das kleinere Übel. Sie sind auch eher bereit die Lasten der Krise zu vergemeinschaften. Bei hoffnungslosen Fällen plädieren sie für einen gezielten Schuldenerlass.

Für die Keynesianer ist es das oberste Ziel eine Rezession zu vermeiden bzw. zumindest möglichst gering zu halten. Denn nur mit einem (zumindest nominalen) Wirtschaftswachstum kann die wirtschaftliche Tätigkeit ohne größere Friktionen weiterlaufen und besteht die Chance

dass Staaten, Private und Unternehmen ihre Zinsen bezahlen können und sich allmählich wieder aus der Misere herausarbeiten können.

Die neoliberalen und keynesianischen Maßnahmen haben beide aus Sicht des Kapitals Vor- und Nachteile. Das Interesse des Kapitals ist also nicht von vornherein eindeutig. Auch bei einer Differenzierung der verschiedenen Interessen einzelner Kapitalfraktionen und dem Interesse eines ideellen Gesamtkapitalisten lässt sich nicht immer eine klare Präferenz für den einen oder anderen Ansatz feststellen.

Natürlich enthält der neoliberale Ansatz einige Punkte die offensichtlich die Interessen des Kapitals widerspiegeln wie:

- Senkung der Löhne, Senkung der sonstigen Kosten z. B. Renten Gesundheitswesen, etc., direkt oder indirekt über Steuern und Staat. Das bedeutet eine Steigerung der Ausbeutungsrate und wird normalerweise Wiedergewinnung der Konkurrenzfähigkeit genannt.
- Privatisierung, öffnen von bisher nicht zugänglichen Bereichen für das Kapital.
- Keine Inflation (Interesse der Geldkapitalbesitzer)

Das Problem beginnt mit der logischen Konsequenz aus den obigen Punkten, nämlich dem Zulassen von Rezessionen. Eine Rezession ist immer auch für die betroffenen Kapitalfraktionen gefährlich. Wenn es nur eine Rezession in einem kleinen Land wie Griechenland ist, dann ist es aus gesamteuropäischer Sicht vielleicht nicht so gravierend und noch akzeptabel, aber Spanien ist schon problematisch, ganz zu schweigen von Italien, usw. Und das Problem setzt sich fort beim Zulassen von massiver Kapitalvernichtung durch Bankrotte. Selbstverständlich sind die direkt betroffenen Kapitalisten dagegen.

Es ist aber auch fraglich ob sich das Geschehen bei sich häufenden Pleiten, Bankrotten von Banken und Staaten noch kontrollieren lässt. Die Medizin der Neoliberalen droht in einer tiefen Krise zu viele Nebenwirkungen zu haben und könnte ein erhebliches Risiko für den Gesamtkapitalismus werden, mit entsprechend ungewissen Folgen.

Trotzdem ist auffallend, dass in Europa die Neoliberalen sich in der

Praxis weitgehend durchgesetzt haben (mit einer gewissen Ausnahme was die EZB betrifft).

### Warum setzt sich der Keynesianismus nicht durch?



In den Jahren vor der Krise gab es zwar im Allgemeinen keine keynesianische Politik, aber um weiteres Wachstum zu generieren wurde ein Element, das für den Keynesianismus typisch ist, nämlich die Kreditausdehnung in großem Maßstab eingesetzt. Zu Recht wenden die Keynesianer ein, dies sei kein echter, konsequenter Keynesianismus gewesen und mit vielen Mängeln behaftet. Was aber unbezweifelbar stattfand war eine erhebliche Kreditausdehnung sowohl von staatlicher Seite als auch der privaten Haushalte und der Unternehmen. Und die folgende Krise zeigte, dass offensichtlich Verwertungsschwierigkeiten auftreten. Die kreditfinanzierten Ausgaben des Staates und auch der Privaten haben zwar das Wirtschaftswachstum angestoßen, generieren aber (direkt und indirekt) zu wenig Mehrwert, um die Profitansprüche des Kapitals befriedigen zu können. Die Keynesianer können nicht aufzeigen, dass etwaige künftige Investitionen z. B. aus Konjunkturprogrammen, etc. von dieser Verwertungsschwierigkeit wesentlich weniger betroffen sein werden als in der jüngsten Vergangenheit. Das ist aber aus Sicht des Kapitals das Wesentliche. Entscheidungskriterium ist dabei nur der kapitalistische Maßstab ob etwas ge-

nügend Profit bringt, nicht der Bedarf und das Interesse der Bevölkerung an einem guten Gesundheitssystem, Umweltschutz, Bildungswesen usw. Aus kapitalistischer Sicht wird durch die Lohnabsenkungen und die Kürzungen in anderen Bereichen die Fähigkeit des Kapitals Mehrwert zu realisieren wieder gesteigert. Die Folgen der Sparpolitik sind zwar für die Beschäftigten und andere Teile der Bevölkerung wie Rentner desaströs, aber nicht generell für das Kapital. Natürlich wird dadurch auch die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern abgeschwächt und die entsprechend engagierten Kapitalisten haben ein Problem damit und eventuell landen sie oder ein Teil davon in der Pleite. Aber es gibt unter Kapitalisten letztlich eine klare Rangordnung der Interessen und Ziele, die Ausbeutungsrate ist wichtiger als die Nachfrage. Nicht zuletzt kann das was jetzt an Griechenland, Portugal, Spanien und Irland vorgeführt wird, als Vorbereitung für weitere Einschnitte in den anderen für den Kapitalismus viel wichtigeren Ländern gesehen werden.

### Illusionen im allgemeinen Bewusstsein als Basis für keynesianische Ideen.

Die Diskussion über Wirtschaftspolitik findet nach wie vor vor einem Hintergrund der Hoffnung auf einen *domestizierten* Kapitalismus statt in dem die großen Ziele Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität und damit auch ein steigendes allgemeines Wohlstandsniveau zumindest annähernd realisiert werden können. Solche Vorstellungen konnten im Aufschwung nach dem II. Weltkrieg in etwa erreicht werden und haben die Erfahrungen von vielen nachhaltig geprägt. Auch wenn diese Erwartung inzwischen schon viele Kratzer abbekommen hat, im Kern ist sie noch in den Köpfen vorhanden und die Realität hat viele noch nicht gezwungen von solchen Vorstellungen endgültig Abschied zu nehmen.

Ein Fehler der (Links-) Keynesianer ist, sich stillschweigend auf solche Vorstellungen zu beziehen und der, oft unausgesprochene, Anspruch, innerhalb des Kapita-



lismus und im Interesse von allen und insbesondere auch der Mehrheit der Bevölkerung die Probleme lösen zu können. Vereinfacht ausgedrückt analysieren sie oft korrekt die Probleme und Widersprüche, die sich aus der exekutierten (eher neoliberalen) Politik ergeben. Bei ihren Gegenvorschlägen gibt es meistens richtige Ansätze. Sie unterliegen aber oft der Illusion innerhalb des Kapitalismus eine für alle Klassen akzeptable Lösung anbieten zu können. Den grundsätzlichen Verwertungsschwierigkeiten im Kapitalismus stellen sie sich nicht (oder erkennen sie nicht). Desgleichen unterschätzen sie Machtfragen. Bei Reformvorschlägen werden oft in Anmerkungen, also im Kleingedruckten, die Voraussetzungen genannt, die erfüllt sein müssten, damit die Vorschläge wirken und nicht in irgendeiner Form umgangen werden können (z. B. bei staatlichen Hilfen für Unternehmen um Arbeitsplätze zu schaffen). Wobei diese Bedingungen bei linken Keynesianern sehr weitgehend sein können und erhebliche Einschränkungen der Verfügungsgewalt des Kapitals bedeuten würden. Wer das alles durchsetzen sollte bleibt unklar und wird nur selten benannt. Oft erfolgt nur ein Appell an den Staat oder an die demokratischen Kräfte oder etwas ähnliches. So ist es kein Wunder, dass die Herrschenden sich durchaus der keynesianischen Instrumente bedienen, wenn es ihren Interessen gelegen kommt (wie z. B. bei einer Bankenrettung durch den Staat), aber weniger daran denken Keynesianismus konsequent umzusetzen und schon gar nicht eine linke Spielart desselben. Ihnen, den herrschenden Klassen, ist nämlich nicht wirklich an Vollbeschäftigung und Steigerung des allgemeinen Wohlstands, etc. gelegen. Besonders in der Krise zeigt sich das klar. Dann wird Klassenkampf von oben betrieben und die Verteidigung der Kapitalverwertung bekommt allerhöchste Priorität.

## Keynesianismus und die Linken

Trotz dieser Kritik sind (links-) keynesianische Forderungen ein Anknüpfungspunkt für eine sozialistische Linke. In der praktischen Politik, bei der derzeitigen Schwäche der (antikapitalistischen) Linken, ist es sinnvoll sich bei konkreten Forderungen an die der Linkskeynesianer



anzuschließen. Diese sind die am weitesten linken Forderungen, die zur Zeit gesellschaftliche und politische Relevanz entfalten können. Sie gehen in die richtige Richtung, wir teilen nur nicht die Erwartung eine wirkliche Lösung damit zu erreichen. D. h. eine sozialistische Linke kann viele Vorschläge und Forderungen der Keynesianer unterstützen, nur nicht die Illusion dadurch einen krisensicheren, gerechteren, etc. Kapitalismus erreichen zu können.

## Besteuerung der Vermögen

Eine Hauptforderung zur Krisenbewältigung, bei der am vorhandenen Bewusstsein angeknüpft werden kann, ist die Forderung nach einer (erheblichen) Besteuerung der Vermögen bzw. einer speziellen Vermögensabgabe. Durch solche Maßnahmen könnte nämlich ein Teil des Verzinssuchenden Kapitals einem gesellschaftlich nützlichen Zweck zugeführt werden. Dazu nur ein paar Zahlen. Das Vermögen von Privathaushalten lag im Jahre 2010 in Deutschland bei 10,1 Billionen Euro (davon fast 5 Billionen Immobilien), das Geldvermögen (inkl. Aktien und Investmentfonds etc.) lag noch bei 4,9 Billionen.

Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) hat z. B. einen Vorschlag einer einmaligen Vermögensabgabe erarbeitet. In Deutschland käme durch eine Abgabe von 10 % auf die Vermögen der Reichen (d. h. bei diesem Vorschlag Vermögen von mehr als 250 000 Euro von Einzelpersonen, bei Ehepaaren das Doppelte) die stattliche Summe von 230 Milliarden zusammen. Sicher,

ein solcher Vorschlag ist zur Zeit politisch (noch) nicht durchsetzbar und soll (in der vom DIW vorgeschlagenen Form) auch gar nicht als Ideallösung propagiert werden, aber er zeigt an in welche Richtung eine einigermaßen wirksame und soziale Krisenbekämpfung gehen könnte. (Der Vorschlag bezieht sich nur auf Deutschland, selbst-

verständlich gibt es auch in anderen europäischen Ländern, auch in Griechenland, Privatvermögen die in Summe der jeweiligen Staatsschulden weit übertreffen.)

## Ausblick

Eine weitere Verschärfung der Finanzkrise in nächster Zeit ist denkbar, vor allem wenn es zu einer stärkeren und länger andauernden allgemeinen Rezession kommen sollte. Denn alle (optimistischen) Pläne zur Krisenüberwindung beruhen auf Wirtschaftswachstum. Fällt dieses aus und kommt es sogar zu einer Kontraktion des BIP wird sich die Schuldenproblematik, die Bankenkrise etc. sofort verschärfen, auch in den bisher als *solide* geltenden Ländern.

Es ist aber auch denkbar, dass sich das Krisengeschehen noch über viele Jahre hinzieht, mit Beruhigungen und (kleineren) Verschärfungen der Lage im Wechsel. Punktuell und/oder regional könnte es dabei auch begrenzte Krisenbereinigungen (sprich Kapitalvernichtung) geben, ohne dass sich an der Gesamtsituation etwas ändert. Eine dramatische Verschärfung ist aber jederzeit möglich, unter Umständen auch aus relativ geringfügigen Anlässen.

Da nicht zu erwarten ist, dass die Ausbeutungsrate so weit gesteigert werden kann, um alle Verwertungsschwierigkeiten der angesammelten Kapitalmassen zu beheben, bleibt also als Lösung nur die Vernichtung dieses *überschüssigen* Kapitals. Es ist zu bezweifeln, dass die herrschenden Klassen eine kontrollierte und damit von Friktionen freie oder zumindest arme Kapitalentsorgung organisieren können oder auch nur ernsthaft anstreben. Zu groß sind die konkreten Interessengegensätze zwischen den einzelnen Kapitalbesitzern und die jeweilige Hoffnung, die Lasten auf an-

erwartet, dass sein Vermögen sich zu einem bestimmten Satz verzinst und er sucht entsprechende Anlagemöglichkeiten, die ihm eine solche Verzinsung voraussichtlich garantieren. Nicht dass es keine solche Anlagemöglichkeiten gibt. Ein Blick in den Wirtschaftsteil der Zeitungen zeigt, dass es etliche Unternehmen gibt, die große Profite erwirtschaften. Der hohe Aktienkurs von Apple z. B. zeigt wie begehrt und damit teuer Anteile von jetzt und vermutlich auch in der Zukunft hochprofitablen Firmen sind. Aber es gibt solche profitablen Anlagemöglichkeiten nicht genug. Die Aufblähung des

Sektoren in den Finanzsektor voraus. Wenn die sogenannte *Realwirtschaft* aber nicht mehr kräftig wächst, kann der dort erzeugte Mehrwert bei aller im einzelnen erfolgreichen Steigerung der Ausbeutungsrate nicht im notwendigen Ausmaß zunehmen, um die sich ansammelnden Kapitalmassen zu bedienen.

Das ist das Kernproblem und es Kernproblem ist unmittelbar mit der Existenz und Funktionsweise des Kapitalismus verbunden. Die Probleme in Griechenland oder bei spanischen Sparkassen sind dagegen nur vorübergehende Erscheinungen-



dere abwälzen zu können.

Bei aller Wichtigkeit der gegenwärtigen Krisenbrennpunkte, darf man nicht vergessen, dass das dabei (Griechenland, spanische Immobilien und Banken) involvierte Kapital nur einen relativ kleinen Ausschnitt des insgesamt nach Verwertung suchenden Kapitals darstellt. Der Vermögensbesitzer

Finanzsektors vor Beginn der Krise 2008 ist ein Zeichen für den Versuch neue profitable Anlagemöglichkeiten zu erschließen.

Dem ist aber eine Grenze gesetzt weil im Finanzsektor selbst kein Mehrwert produziert wird. Profite im Finanzsektor setzen immer eine Verlagerung des Profits aus den anderen

formen der Misere. Genauso wie eine europäische Bankenunion oder verschärfte Regulierungen für Banken, so sinnvoll sie manchmal im Detail sein können, das Grundproblem nicht lösen, ja nicht einmal abmildern können. Dies zu leugnen bedeutet an einen Kapitalismus zu glauben, der frei von Krisen ist.

Anzeige

# Konzern Kritik vor dem Aus!

## Coordination gegen BAYER-Gefahren braucht 350 neue Fördermitglieder

Spenden an GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

Kostenlose Infos anfordern.  
info2@CBGnetwork.org  
**www.CBGnetwork.org**

zurücksenden an Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40, e-Mail: info@CBGnetwork.org



### Ja, ich werde Fördermitglied.

Ich stärke das weltumspannende konzern- und globalisierungskritische Netzwerk der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). Ich werde Fördermitglied und erteile diese Einzugsvollmacht.

Ich zahle ..... Euro

monatlich (Förderbeitrag durchschnittlich 5 bis 10 Euro je Monat, niedrigere Beiträge sind möglich).

Der Betrag soll ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich abgebucht werden.

|                  |            |        |
|------------------|------------|--------|
| Name:            | Vorname:   |        |
| Straße, Hausnr.: | PLZ, Ort:  | Alter: |
| Bank:            | Konto-Nr.: | BLZ:   |

**Gratis:** Wenn Sie Fördermitglied werden, dann erhalten Sie das Magazin **Stichwort BAYER** und den Informationsdienst **TICKER** kostenlos viermal jährlich.





## Spanien

## Die Abwärtsspirale dreht sich weiter



Im vergangenen Jahr begann in Spanien die Protestbewegung M-15, die letztendlich die weltweite Occupy-Bewegung auslöste. Damals fanden am 15. Mai (daher die Bezeichnung M-15), initiiert von oppositionellen politischen Gruppierungen aus dem studentischen Bereich, in Madrid und in 80 weiteren Städten Demonstrationen gegen die Politik der damaligen PSOE-Regierung unter Zapatero statt. Mehr als 150 000 Teilnehmer protestierten landesweit gegen die Sparpolitik und eine *Arbeitsmarktreform* der Regierung.

Im Anschluss an die Abschlusskundgebung besetzten in Madrid im Zentrum der Stadt Hunderte, vorwiegend Jugendliche, den Platz *Puerta del Sol* und errichteten dort ein Camp. Sie nannten sich die „Empörten“ (*los indignados*). In vielen weiteren Städten folgten Demonstranten diesem Beispiel und hielten über Wochen hinweg Plätze und Straßen besetzt.

Der Grund für die soziale Bewegung war die zunehmende soziale Verwerfung in Spanien, die sich in Massenarbeitslosigkeit, hier vor allem der Jugend, mit inzwischen mehr als 50 Prozent, mit dem verschärften Abbau sozialer Leistungen und der De-regulierung am Arbeitsmarktes zeigte.

Die Forderungen der Bewegung M-15 waren zum Teil widersprüchlich und schon gar nicht antikapitalistisch. So konnte man auf Transparenten zum Beispiel lesen: „*Wir sind keine Systemfeinde – das System ist uns gegenüber feindlich*“. Das heißt, durch mehr Demokratie sollte der Kapitalismus reformiert werden – eine Illusion! Gleichzeitig lehnt die Bewegung M-15 ein Bündnis mit den beiden Gewerkschaften UGT und CCOO ab. Für die Empörten waren die beiden großen Gewerkschaften „Verräter“, was sie auch auf Transparenten zum Ausdruck brachten. Von wirklichem taktischen Weitblick zeugte diese Haltung der Empörten allerdings nicht.

Auf der anderen Seite aber war sie durch die Haltung der Gewerkschaftsvorstände erklärbar. Die PSOE-Regierung wurde und wird von ihnen als das kleinere Übel betrachtet und sie sollte deshalb nicht in existenzielle Bedrängnis gebracht werden. Die Mobilisierung gegen die Verschlechterung der Arbeitsgesetze und den Sozialabbau erfolgt deshalb nur *verhalten*.

Trotzdem geriet die Regierung Zapatero immer stärker unter Druck: innenpolitisch durch die Opposi-

tionsbewegung und außenpolitisch durch die Brüsseler Sparforderungen, die die angespannte innenpolitische Situation weiter verschärften. So kündigte Zapatero für den 20. November letzten Jahres Neuwahlen an. Ursprünglich wollte er bis zum Ende der Legislaturperiode im März 2012 im Amt bleiben.

Die Wahlen endeten für die PSOE in einem Desaster. Sie verlor ein

Anzeige

### Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978, 138 Seiten,  
Fadenheftung, fester Einband,  
5,00 €.

Drittel ihrer Mandate und erzielte das schlechteste Ergebnis seit 1975 (28,76%). Die PP (Partido Popular) dagegen gewann die absolute Mehrheit mit dem besten Ergebnis in ihrer Parteigeschichte (44,63%). Stabilisieren, mit deutlichen Stimmgewinnen, konnte sich die UI (*Izquierda Unida-Vereinigte Linke*) mit 6,92 Prozent.

## Spanien rückt nach Rechts

Für Spanien bedeutete dieser Wahlausgang eine klare Kräfteverschiebung nach rechts, die um so schwerer wog, weil bereits in den Regionalwahlen vom 22. Mai 2011 für die PSOE so wichtige Hochburgen wie Asturien, die Extremadura sowie Kastilien-La Mancha verloren gingen. Auch verlor sie auf kommunaler Ebene die Bürgermeisterposten in so wichtigen Städten wie Barcelona und Sevilla.

Gewonnen hat die PP die Wahl mit traditionellen neoliberalen Heilsversprechungen. Sichere und flexible Arbeitsplätze sollten hunderttausendfach durch die Vereinfachung der Arbeitsverträge entstehen. Auf der anderen Seite versprach man einen strengen Sparkurs. So kündigte der PP-Vorsitzende und jetzige Ministerpräsident, Mariano Rajoy, an, dass er im Falle seiner Wahl Einschnitte bei der Sozialversicherung und im Gesundheitssystem vornehmen müsse. An dieses *Versprechen* hielt er sich auch, während von den vielen angekündigten neuen Arbeitsplätzen natürlich nichts in Sicht ist. Im Gegenteil, die Arbeitslosenzahlen steigen seit der Regierungsübernahme durch die PP von Monat zu Monat.

Bereits auf seiner zweiten Sitzung, noch im Dezember 2011, beschließt Spaniens neue Regierung ein erstes Sparpaket. Die Eingriffe gehen dabei über das hinaus, was im Wahlkampf angekündigt worden war. Sie wären in der Weise notwendig geworden, so die Regierung, weil der Abschluss der Staatsfinanzen 2011 deutlich schlechter ausfallen werde, als dies von der abgewählten PSOE-Regierung bis zuletzt behauptet worden sei.

Im Vergleich aber dazu, was noch folgen sollte, fielen die Beschlüsse im Einzelnen noch relativ moderat aus: Die Renten werden 2012 nur um ein Prozent erhöht, was trotzdem einer

Absenkung gleichkommt, weil die Erhöhung unter der Inflationsrate liegt. Alle Zahlungen für die Arbeitslosen bleiben in vollem Umfang vorerst erhalten. Die Unterstützung von 400 Euro für Arbeitslose, deren Arbeitslosengeld ausgelaufen ist, bleibt bestehen. Die Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten werden eingefroren.



Dazu kommen Ausgabenkürzungen in Höhe von 8,9 Mrd. Euro. Im Einzelnen wurde verfügt: die Verringerung der Verwaltungsstrukturen um 18,9 Prozent; die Zuwendungen an Parteien werden um 20 Prozent gekürzt (29,68 Mio. Euro). Die Unterstützungen an Organisationen der Beschäftigten und Unternehmer werden ebenso um 20 Prozent (55,0 Mio. Euro) gekürzt. Die Wochenarbeitszeit für Staatsbedienstete wird von 35 auf 37,5 Stunden verlängert. Die Zahl der Staatsbediensteten wird bis auf wenige Bereiche eingefroren. Der Monatsmindestlohn (*„Salario Mínimo Interprofesional, SMI“*) bleibt bei 641 Euro eingefroren. Das war der Anfang. Dann kamen die *Reformen* Schlag auf Schlag.

## Die „Arbeitsmarktreform“

Ende Januar dieses Jahres verkündete Rajoy per Dekret die so genannte Arbeitsmarktreform. Um die Maßnahmen sofort wirksam werden zu lassen, umging Rajoy das sonst übliche Gesetzesverfahren. Begründet hat dies Rajoy mit der Rekordarbeitslosigkeit, die sofort bekämpft werden

müsse; deshalb könne man einen langwierigen Gesetzgebungsprozess nicht abwarten. Mit der *„Arbeitsmarktreform“* will die PP erreichen, dass *„Einstellungen gefördert“*, *„feste Vertragsverhältnisse gesteigert“* und die *„Arbeitsbeziehungen flexibilisiert“* werden.

Zentraler Bestandteil der *Reform* ist, die Abfindungen bei Entlassungen zu senken. Abfindungen bei Arbeitsplatzverlust sind in Spanien gesetzlich geregelt. Für deutsche Verhältnisse erscheinen sie relativ hoch. Aber man muss in dem Zusammenhang das deutlich niedrigere Lohnniveau sehen und auch den Umstand, dass es eine Arbeitslosen- oder Sozialhilfe in nennenswerter Größenordnung nicht gibt. Statt 45 Tagen Abfindung pro gearbeitetem Jahr sollen generell nur noch 33 Tage als Abfindung bei *„unbegründeten“* Entlassungen bezahlt werden, selbst wenn das Unternehmen kräftige Gewinne schreibt. Werden Verluste verzeichnet oder sinken die Umsätze über einen Zeitraum von neun Monaten, sollen für Abfindungszahlungen nur noch 20 Tage als Grundlage gelten. Diese *Reform* ist ein Riesengeschenk an die Kapitalisten; sie bietet ihnen mit den weiteren Maßnahmen der Regierung die Möglichkeit, Belegschaften völlig

Anzeige

## Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus *„Gegen den Strom“*).

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.





umzustrukturieren – das heißt, sie weitgehend zu prekarisieren.

Eine dieser weiteren Maßnahmen betrifft die Neueinstellungen. Bei unbefristet Eingestellten gilt in Zukunft eine Probezeit von einem Jahr. Innerhalb dieses Zeitraums können sie ohne Begründung und ohne Abfindungszahlung jederzeit gekündigt werden.

Subventioniert werden sollen auch die Einstellungen von jungen Arbeitslosen unter 30 Jahren. Für sie erhalten die Unternehmer 3 000 Euro. Sind sie langzeitarbeitslos, liegt dieser Betrag sogar bei 4 000 Euro. Außerdem können Arbeitslose in Zukunft auch zu Arbeiten im „*allgemeinen Interesse der Gemeinschaft*“ herangezogen werden. Es handelt sich dabei um ein ähnliches Modell wie bei den deutschen 1-Euro-Jobs.

Auch die Macht der Gewerkschaften soll eingeschränkt werden. So können zukünftig die Löhne der Beschäftigten, trotz bestehender Tarifverträge, einseitig abgesenkt werden. Der Lohnraub muss lediglich betriebswirtschaftlich begründet werden. Doch wo gibt es wohl den Kapitalisten, der das nicht kann?

Zu guter Letzt soll die Schattenwirtschaft, das heißt die Schwarzarbeit, bekämpft werden. Wie das allerdings geschehen soll, wird nicht gesagt. Deshalb kann man schon jetzt unterstellen, dass diese Absichtserklärung nicht so ernst gemeint ist. Da Schwarzarbeit in Spanien äußerst verbreitet ist, hat sie offensichtlich auch für die Kapitalisten etwas durchaus Nützliches. Die armen Menschen dagegen sind oftmals schlichtweg zu ihr gezwungen, weil es keine wirkliche Sozialhilfe gibt und sie nur mit dem Zuverdienst durch die Schwarzarbeit überleben können.

## Die Unternehmer jubeln

Die „*Arbeitsmarktreform*“ stieß bei den Unternehmern auf durchwegs positive Resonanz. Der Unternehmerverband CEOE kam wegen der

*Reform* regelrecht ins Jubeln, was ja auch kein Wunder ist. Alle Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Lohnkosten zu senken und damit partiell die Profite zu erhöhen. Gleichzeitig hat Rajoy seiner Unternehmerklientel gezeigt, wie man mit den Gewerkschaften umgehen muss. Ohne sie zu konsultieren und mit ihnen zu diskutieren, hat er die Maßnahmen durchgezogen. Die Ge-



Nach übereinstimmenden Berichten nimmt die Polizeigewalt auf Demonstrationen und bei Streiks extrem zu. Oben auf dem Plakat ist zu lesen: „Das ist dein Job? Dann bleibe ich lieber arbeitslos!“

werkschaften schäumten zwar und mobilisierten zu Protestaktionen und Streiks, doch die Verschlechterungen wurden bisher nicht zurückgenommen. Darin unterscheidet sich Rajoy von den Vorgängerregierungen. Sein konservativer Vorgänger José María Aznar wollte 2002 ebenfalls harte Einschnitte durchsetzen und scheiterte ebenso, wie der Sozialdemokrat Zapatero, der 2010 Ähnliches wollte. Spanien wehrte sich und ging auf die

Straße. Das scheint im Moment noch anders zu sein. Zwar befinden sich die PP und Rajoy unter einem kolossalen innenpolitischen Druck – doch scheint der Druck, der aus Brüssel kommt, noch größer zu sein. Deshalb wird die „*Arbeitsmarktreform*“ verteidigt; ständig wird wiederholt, dass sie mittelfristig zur Entstehung neuer Arbeitsplätze führen werde. Das aber wird nicht geschehen.

## Sie werden zu Getriebenen der Krise

Es scheint so, als hätten Rajoy, seine PP und die Kapitalisten die Binsenweisheit vergessen, dass Löhne nicht nur betriebswirtschaftliche Kosten sind, sondern auch volkswirtschaftliche Kaufkraft. Aber so dumm können diese Leute gar nicht sein, dass sie das nicht wissen. Sie wissen, dass mit ihrer Politik keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Außerdem erleben sie ja ganz konkret, wie sich die Krise täglich verschärft. Wie ist bei diesem Hintergrund dann ihre aktuelle Politik erklärbar?

Was die Konservativen auf der einen Seite in Spanien vermeiden wollen, ist, dass sie in eine ähnliche Situation kommen wie die Regierenden in Griechenland oder Portugal. Indem sie jetzt selbst harte soziale Einschnitte initiieren, machen sie sich Brüssel ihnen gegenüber wohlgesonnen und hoffen, bei einer weiteren Verschärfung der Krise weniger harte Sparauflagen wie die anderen südeuropäischen Krisenländer zu erhalten. Denn um einen neuen Hilfsantrag

werden Rajoy und seine PP wohl nicht herumkommen. Und natürlich fürchten sie ihn, weil sie die Entscheidungsmacht über den wirtschaftspolitischen Weg Brüssel nicht überlassen wollen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass sie gemäß ihrer neoliberalen Ideologie die Krise aber auch zu einem völligen Umbau der Arbeitsbeziehungen, der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik nutzen wollen. Dabei scheinen sich





die Konservativen Teile der Schröderschen Agenda 2010 zum Vorbild zu nehmen. So sollen in Spanien jetzt Arbeitslose in Schulungen und Minijobs abgeschoben werden und so aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden.

Rajoy glaubt, im Moment das Heft des politischen Handelns fest in den Händen zu halten. Doch er täuscht sich. Inzwischen ist die Krise zum Selbstläufer geworden; Spanien befindet sich im freien Fall. Die „Arbeitsmarktreform“ und die Sparmaßnahmen, die zur „Beruhigung der Märkte“ gedacht waren, wurden von den Spaniern nicht akzeptiert. Und nachdem Spanien dann im Juni noch EU-Hilfen für den maroden Bankensektor beantragt hat, ging es an den Finanzmärkten erst richtig los. Die erhoffte Beruhigung der Finanzmärkte trat trotz der Vereinbarung eines Rettungspaketes über 100 Milliarden Euro für die angeschlagenen Banken nicht ein. Das heißt, die Kosten an den Finanzmärkten zur Refinanzierung des Landes stiegen und stiegen.

Bei der ersten Auktion von Staatspapieren im Juni, nach dem Hilfsantrag, verdreifachten sich die Zinsen für Dreimonatspapiere nahezu, verglichen mit der Auktion im Mai. Die Ratingagentur *Moody's* wertete als Folge der jüngsten Ereignisse die Kreditwürdigkeit von 28 spanischen Banken teils massiv ab (Handelsblatt 27. 6. 2012). Auf dem EU-Gipfel Ende

Juni klagte Rajoy mit dramatischen Worten über die Situation seines Landes: Madrid könne die hohen Zinslasten kaum noch aus eigener Kraft stemmen.

Verschärft wird für Madrid die Situation noch durch die Finanzlage der autonomen Regionen. Die meisten von ihnen befinden sich in finanzieller Schieflage. Auf mehr als 20 Prozent wird ihr Anteil an den spanischen Staatsschulden geschätzt. Die Regierung in Madrid hat deshalb für die Regionen einen spanieneigenen Rettungsschirm, in Höhe von 18 Milliarden Euro, geschaffen. Die Region Valencia schlüpfte als erstes unter den Schirm. Ihr folgten Murcia und Katalonien. Mindestens weitere fünf Autonomen planen diesen Schritt ebenfalls; unter anderem Andalusien, die bevölkerungsstärkste Autonomie. Es zeichnet sich deshalb ab, dass der Rettungsschirm nicht ausreichen wird.

Für die Masse der spanischen Bevölkerung hat Rajoys Feststellung, Spanien könne die hohen Zinslasten kaum noch stemmen, drastische Folgen. Insgesamt sollen weitere 65 Milliarden Euro in den kommenden zwei Jahren eingespart werden. Mit diesem Betrag erhöht sich das gesamte Kürzungsprogramm auf 102 Milliarden Euro. Erreichen will man das Sparziel dadurch, dass die öffentlichen Verwaltungen *reformiert*

werden; die Ausgaben im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen sollen massiv gekürzt werden. Die Entlassungen sind aktuell voll am Laufen. Des weiteren werden die Hilfen für Arbeitslose „überprüft“. Dann ist geplant, die indirekten Steuern auf Energie zu erhöhen und den Beamten das Weihnachtsgeld ersatzlos zu streichen. Schließlich wird die Mehrwertsteuer von 18 auf 21 Prozent angehoben, eine Maßnahme, die Rajoy im Wahlkampf ausdrücklich ausgeschlossen hatte.

Das Lob der EU-Kommission auf die Ankündigung der Madrider Regierung erfolgte umgehend. Ob diese Maßnahmen die Finanzlage Spaniens verbessern, steht allerdings in den Sternen, zumal nach jüngsten Informationen die spanische Notenbank in ihrem Monatsbericht darauf hinweist, dass die wirtschaftliche Aktivität im zweiten Quartal 2012 noch rascher schrumpft als in den ersten drei Monaten.

Rajoy und die PP werden deshalb immer mehr zu Getriebenen der Krisenentwicklung.

Anfang September gab der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, bekannt, dass zukünftig unbegrenzt Anleiheaufkäufe von angeschlagenen Euro-Staaten getätigt werden. Die EZB wird weitere Staatsanleihen aber nur dann kaufen, wenn sich die betreffenden

Staaten der strikten Kontrolle der Euro-Rettungsfonds unterwerfen. Dann könnte die EZB unbegrenzt Anleihen mit einer Laufzeit von einem bis drei Jahren kaufen, sagte Draghi.

Obwohl auch Rajoy von der EZB den Anleiheaufkauf gefordert hatte, hält sich seine Regierung bis jetzt auffallend zurück, einen Antrag auf weitere Hilfen des Euro-Rettungsschirms EFSF zu stellen – neben dem bereits bewilligten Hilfspaket für die Banken von bis zu 100 Milliarden Euro. Gefürchtet werden von den Konservativen strenge Auflagen und die Kontrolle bei der Umsetzung der Maßnahmen durch den IWF. Rajoy fürchtet weiter zunehmenden innenpolitischen Druck – den der Straße, aber auch den durch die Autonomen. Die Spannungen zwischen ihnen und der Zentralregierung nehmen zum Teil drastisch zu.

Nicht einmal die weitere Herabstufung der spanischen Kreditwürdigkeit durch die Ratingagentur *Standard & Poor's* am 10. Oktober hat die Madrider Regierung zu dem Schritt, einen Antrag zu stellen, gebracht. Offensichtlich wollte man vor den Regionalwahlen im Baskenland und Galicien am 21. Oktober vermeiden, dass die spanische Bevölkerung mit den Auflagen der Troika konfrontiert wird. Letztendlich wird aber der Regierung Rajoy nichts anderes übrig bleiben. Sie wird den Antrag stellen müssen und sich dem Diktat der Troika unterwerfen. Die Abwärtsspirale dreht sich weiter und die Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung ist vorprogrammiert – und damit auch heftigere soziale Auseinandersetzungen.

### Der Druck auf die Konservativen wächst

Die Wahlen am 21. Oktober in Galicien und im Baskenland, auf die die Konservativen mit Sorge geschaut hatten, fielen überraschend aus. Auf der einen Seite machen sie jetzt den Konservativen in einem gewissen Maße den Rücken frei, auf der anderen Seite aber bergen sie die Gefahr der weiteren innenpolitischen Zuspitzung.

Rajoy hatte zwei Wochen vor den Wahlen, mit Blick auf die anhaltenden Proteste und Demonstrationen im Lande, behauptet, die schweigende

Mehrheit der Spanier würde seine Austeritätspolitik akzeptieren und mittragen. Natürlich sieht er sich jetzt vom Wahlergebnis in Galicien in seiner Behauptung bestätigt. Dort konnte seine PP ihre absolute Mehrheit nicht nur halten, sondern sie sogar noch ausbauen. Allerdings ist das Wahlergebnis in Galicien nicht repräsentativ für die Stimmungslage im Land. Dort ticken die Uhren anders. Galicien ist eine traditionelle konservative Hochburg. Rajoy selbst stammt von dort. Mit einer Einwohnerzahl von rund 2,8 Millionen ist es relativ klein. Auch die Wirtschaftsdaten liegen unterhalb der spanischen Durchschnittswerte. Die Ökonomie wird von klein- und mittelständischen Betrieben geprägt. Rund 94,9 Prozent der Unternehmen

in Galicien gehören zu der Gruppe der Kleinstunternehmen mit maximal neun Beschäftigten (Quelle: *Wikipedia*). Dabei sind die Sektoren Fischfang und Landwirtschaft überdurchschnittlich ausgebildet. Kurz, Galicien ist eine grundkonservative Region, mit einer überdurchschnittlich kleinbürgerlich geprägten Bevölkerung. Trotzdem führte die dortige PP vorsichtshalber ihren Wahlkampf mit regionalen Themen. Zuviel Nähe zu Rajoy schien ihr selbst dort zu riskant, was diesen allerdings jetzt nicht darin hindert, das Wahlergebnis als seinen Erfolg zu verbuchen.

Das kann Rajoy allerdings mit Blick auf das Wahlergebnis im Baskenland nicht. Dort verlor die PP; sie erhielt nur noch zehn Prozent der







Stimmen. Was aber für die Madrider Regierung das größere Problem ist, das ist das Wahlergebnis der baskischen Nationalisten, die mit einer rechten und einer linken Partei vertreten sind und zusammen 60 Prozent der Stimmen erreichten. Besonders die linke Neue Batasuna konnte ihren Stimmenanteil, auf Kosten der PSOE, von fünf auf 21 Prozent steigern.

Die bekannte Tageszeitung *El País* kommentierte das folgendermaßen: „(für Rajoy) ... sind neben der schlimmsten, noch nie gekannten Wirtschaftskrise die größten Herausforderungen in der Geschichte Spaniens die aktuellen Unabhängigkeitsbewegungen im Baskenland und in Katalonien. Die PNV (rechte Nationalisten) und die Neue Batasuna haben beide in ihren Wahlprogrammen die Forderung nach der Unabhängigkeit von Spanien stehen. Mit dem Wahlergebnis vom 21. Oktober und den Umfragen zu den kommenden Wahlen in Katalonien am 25. November kann man voraussagen, dass es in beiden Autonomien Regierungen geben wird, die bereit sind, den Weg in die Unabhängigkeit von Spanien zu beginnen. In beiden Ländern leben 10 Millionen Bürger, fast ein Viertel der spanischen Bevölkerung.“

In beiden autonomen Regionen gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit von Spanien. Mit der aktuellen Wirtschaftskrise erlangt sie allerdings eine neue Qualität. Sowohl das Baskenland als auch Katalonien sind ökonomisch relativ stark. Aber besonders Katalonien hat sich im Verlauf der Krise zum spanischen Hilfsfall entwickelt. Mit 42 Milliarden Euro ist das Land verschuldet; es steht kurz vor dem Bankrott. Artur Mas, Präsident der Koalitionsregierung aus der bürgerlich-nationalistischen CiU (nationalistisch-christdemokra-

tisch) und der auch in Madrid regierenden PP, führt die Situation auf die fehlende Steuersouveränität zurück. Gäbe es diese, so wie im Baskenland und in Navarra, müsste anstatt der jetzigen acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes nur noch die Hälfte an Spanien abgegeben werden und das Land wäre sofort wieder zahlungsfähig.

Die Argumentation stößt bei den Katalanen offensichtlich auf Resonanz. Unter der Losung „Katalonien, neuer Staat Europas“ demonstrierten am 11. September in Barcelona 1,5 Millionen Menschen. Mobilisiert zu der Demo hatten alle Parteien, von Rechts bis Links. Die Zeitungen sprachen von einer historischen Kraftdemonstration der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Natürlich hat die Madrider Regierung keinerlei Entgegenkommen gezeigt und gibt sich gelassen. Intern aber ist die Aufregung groß, vor allem auch deshalb, weil Artur Mas, um Madrid gegenüber Druck aufzubauen, mit dem Koalitionsbruch droht und zu vorgezogenen Neuwahlen am 25. November aufgerufen hat, wobei noch offen ist, ob sie mit einem Referendum über die Unabhängigkeit von Spanien verbunden werden. Natürlich machen sich die Anhänger der Unabhängigkeit große Illusionen. Die Verbesserung der eigenen, vielfach prekären Lage

würde auch durch einen neuen Staat nicht besser. Warum sollte das auch geschehen? Auch ein unabhängiges Katalonien oder Baskenland bliebe das Organ der dort herrschenden Klasse. Auch der neue Staat würde versuchen, die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

### Streiks, Demonstrationen, Aktionen ...

Der richtige Ansatz für die Gegenwehr ist die Bewegung in den Betrieben und auf den Straßen. Und die findet seit Monaten im anwachsenden Maße statt. In diesem Zusammenhang ist das politische Taktieren mit der Unabhängigkeit durchaus nützlich. Dadurch kommen die Konservativen zusätzlich in die Zwickmühle.

Die erste große Aktion war der Generalstreik am 29. März. Initiiert wurde er von den beiden großen Gewerkschaftsverbänden UGT und CCOO. Der Streik richtete sich gegen die dekretierte „Arbeitsmarktreform“ der konservativen Regierung. Besonders stark waren neben der Schwer- und der Autoindustrie auch Flughäfen von der Arbeitsniederlegung betroffen: Die meisten Verbindungen mussten gestrichen werden. Hunderttausende beteiligten sich an

Demos und Kundgebungen der Gewerkschaften. Alleine in Madrid waren es 100 000. Der Streik war also erfolgreich. UGT und CCOO bezifferten die Streik-Beteiligung auf 77 Prozent der Beschäftigten. Das ist durchaus glaubhaft, weil, wie bekannt wurde, der Verbrauch von elektrischer Energie auf Feiertagsniveau absank. Dagegen teilte die Regierung mit, die Beteiligung sei „deutlich geringer“ gewesen als







beim vorigen Generalstreik im September 2010.

Angefügt sei in dem Zusammenhang, dass die Konservativen mit einer unglaublichen Dreistigkeit versuchen, abzuwiegeln und den Widerstand gegen ihre Politik als Randerscheinung darzustellen. Dazu werden permanent die Zahlen von Demos und Aktionen nach unten gelogen. Auch wird zunehmend von Regierung und konservativen Medien versucht, die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu kriminalisieren.

Beim Generalstreik 2010 ging es ebenfalls gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen – allerdings richtete sich der Streik noch gegen die Regierung Zapatero. Die Streikbeteiligung damals war nicht vergleichbar mit der überwältigenden Teilnahme der Werktätigen am 29. März dieses Jahres. Trotzdem blieb der unmittelbare Erfolg des Generalstreiks aus. Arbeitsministerin Fátima Báñez sagte, Madrid sei zu Gesprächen bereit, aber die umstrittene *Arbeitsmarktreform* werde im Kern nicht angetastet.

Seit dem 29. März 2012 brodeln es permanent. Es vergeht seit Monaten kaum ein Tag, wo es nicht zu Widerstandsaktionen und Streiks kommt.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf Madrid.

Besonders spektakulär waren und sind auch die Aktionen der Bergarbeiter aus Asturien und Kastilien-Leon. Im Rahmen des Sparprogramms hat die Regierung Rajoy die Subventionen für die Steinkohleförderung ersatzlos gestrichen. Das bedeutet das Aus für alle Bergwerke. Rund 30 000 Arbeitsplätze sind davon betroffen. Da es aber in den Kohlegebieten keine Alternative zu der Arbeit im Bergbau gibt, kommt der Beschluss der Konservativen einer beschäftigungspolitischen Katastrophe gleich. Die Kumpels reagierten geradezu verzweifelt. Gruben wurden besetzt, Hungerstreiks wurden organisiert und Fernverkehrsstrassen wurden über Wochen immer wieder mit glühenden Kohlebarrikaden blockiert. Die Auseinandersetzungen wurden äußerst militant geführt, wobei die Kumpels auf die Angriffe der Guardia Civil mit Raketen zurückschossen. Ende Juni organisierten die Streikenden einen Marsch auf Madrid. Innerhalb von zwei Wochen marschierten einige tausend Kumpel in mehreren Kolonnen aus den östlichen und nördlichen Bergbauregionen in die Hauptstadt. Begeistert wurden sie dort von der Madrider Bevölkerung empfangen. Es kam zu

Auseinandersetzungen mit der Polizei, die mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorging. Angeblich seien Steine geworfen worden.

Auf der Website der IG Metall findet man ein Interview mit dem für die Metallindustrie zuständigen Generalsekretär der UGT, Manuel Fernández López, zur Situation in Spanien. Der Kollege berichtet, dass auch die Gewerkschaften davon ausgehen, dass Rajoy einen zweiten Antrag auf Hilfen des Rettungsschirms stellen muss. In diesem Fall wird es zu weiteren sozialen Leistungskürzungen kommen. Im Visier haben die Konservativen dabei die Renten. Die Gewerkschaften wollen deshalb jetzt eine Volksabstimmung über die Politik Rajoys, die die Krise nicht löst, sondern verschärft. Dazu Lopez: „Wir brauchen einen Politikwechsel von der Regierung Rajoy.“ Der kann aber nur mit äußerstem Druck zustande kommen. Den aufzubauen, ist jetzt die aktuelle Aufgabe von Gewerkschaften und außerparlamentarischer Opposition. Lopez kündigt an, dass ab dem 15. September eine Mobilisierungskampagne mit kontinuierlichen Demonstrationen in Madrid und anderen Städten durchgeführt werden soll.

Und das geschieht seitdem auch. Es vergeht kaum ein Tag, an dem



Der erste europaweite Generalstreik am 14. November war vor allem ein spanischer und portugiesischer Generalstreik. Die Idee, den Streik zu internationalisieren kam von portugiesischen Kolleginnen und Kollegen. Im Ge-

gensatz zu den iberischen KollegInnen – die Gewerkschaften sprachen von etlichen Millionen – streikten in anderen europäischen Ländern die Belegschaften nicht so umfassend. So hatten z. B. die Gewerkschaften in Griechenland zu einem dreistündigen Streik aufgerufen, in Belgien streikten nur die Beschäftigten der Eisenbahnen, usw.

Daneben gab es in vielen europäischen Städten Demonstrationen und Kundgebungen.

Obwohl der europäische Gewerkschaftsbund (EGB) am 14. November zu einem europaweiten Aktions- und Solidaritätstag aufgerufen hatte, fanden in Deutschland kaum gewerkschaftliche Aktionen statt.

Nach Augenzeugenberichten kam es in vielen Städten zu massiven Polizeiübergriffen; in Portugal sollen die Sondereinheiten sogar scharfe Warnschüsse abgefeuert haben.

nichts los ist. Höhepunkt war der 15. September: In Madrid, Barcelona und anderen Städten waren Hunderttausende auf der Straße. Die Medien hierzulande berichten kaum darüber, es sei denn, es gibt spektakuläre Ereignisse wie bei der Umzingelung des Parlamentsgebäudes am 26. September.

Darüber schreibt die taz: „Zehntausende Menschen aller Altersgruppen hatten sich am Dienstag entlang der Polizeisperren versammelt. Sie repräsentieren uns nicht“, lautete einer der Sprechchöre, der aus der Zeit des Protestcamps in der Madrider Innenstadt im Mai 2011 stammt. Neben den Fahnen der spanischen Republik wehten vereinzelt die von Island und Griechenland. Zuerst verliefen die Proteste friedlich, bis die Polizei ihre Absperrung verließ, um gezielt Personen zu verfolgen.“

Später stellte sich heraus, dass die Polizei die Eskalation selbst provoziert hat.

Dazu die taz: „Die Demonstranten beschuldigen die Polizei der gezielten Provokation und berufen sich auf Aufnahmen des staatlichen Fernsehens TVE. Sie zeigen eine Gruppe von etwa 20 jungen Männern, alle mit den gleichen Kapuzenpullis und den gleichen roten Fahnen ohne jegliches Emblem. Sie griffen die Polizei an. Zwei von ihnen wurden verhaftet. Wenige Minuten später ist einer der beiden wieder zu sehen – dieses Mal auf Seiten der knüppelnden Beamten. Er unterstützt sie bei Verhaftungen. Ähnliche Vorfälle wurden in den letzten Monaten auch aus Barcelona bekannt. Auch dort schleust die Polizei immer wieder Gruppen in die Demonstrationen ein.“

Besondere Empörung und Diskussion hat eine Gruppe von rasenden Polizisten im nahe gelegenen Bahnhof Atocha verursacht. Bei der Verfolgung von Demonstranten stürmten sie die Bahnsteige und verprügelten präventiv dort auf ihren Zug wartende Reisende. Die Bilanz des Tages: 35 Verhaftete, 64 Verletzte. Mehr als 20 von ihnen lagen mehrere Tage im Krankenhaus. Die konservative Regierung hat die Vorgehensweise der Polizei ausdrücklich begrüßt und ihnen gedankt. Innenminister Jorge Fernández Díaz sagte, die Polizei sei „außerordentlich gut“ vorgegangen. Kritik übte er an den gewalttätigen Demonstranten.

## Wie geht es weiter?

Die sozialdemokratisch orientierte *El País* analysiert am 18. Oktober die Situation im Lande und schreibt: „Spanien ist inzwischen das Land mit der größten sozialen Ungleichheit Europas, es gibt immer mehr Arme, die von Wohnungsräumung bedroht sind, ganze Clans leben in kleinen Zimmerchen, gleichzeitig bleiben die Reichen reich oder werden reicher. Die Mittelschicht verschwindet“.



Und dann werden Beispiele der Verelendung beschrieben und die Zeitung stellt fest: „Plötzlich haben normale Bürger Probleme, das Nötigste zum Leben zusammenzubekommen.“ An dem Beispiel eines 50 Jahre alten Angestellten wird das dargestellt: „23 Jahre arbeitete er bei Caja Madrid, die später in der inzwischen europaweit bekannten Skandalbank Bania aufging. Im Juni trennte man sich von ihm. Die Hypothek beträgt 600 Euro im Monat. 300 Euro muss er für einen früheren Vorschuss zurückzahlen. Bleiben im Monat 500 Euro für ihn, seine Frau und die zwei Söhne.“

Das Beispiel kann durchaus verallgemeinert werden. Unzählige Menschen, die außer ihrer Arbeitskraft nichts zu verkaufen haben, befinden sich in dieser Situation. Und täglich werden es mehr. Das heißt, in Spanien findet momentan ein Prozess statt, wo großen Teilen der Arbeiterklasse die Grundlage der Existenz entzogen wird. Das ist die Voraussetzung für die Entstehung einer revolutionären Bewegung. Noch ist es nicht so weit. Noch bewegen sich alle Forderungen, sowohl der Gewerkschaften als auch der politischen Linken, innerhalb

keynesianischer Krisenbekämpfung. Überwinden kann man damit die Krise aber nicht. Sie könnte damit höchstens ein wenig gelindert werden. Doch die konservative Regierung zeigt selbst in diesem Rahmen kein Entgegenkommen. In der Folge wird sich die Krise verschärfen, mit gravierenden Auswirkungen auf weitere Länder im Euroraum.

Der nächste Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung wird der 14. November sein. An diesem Termin wird der nächste Generalstreik stattfinden. Diesmal soll das zusammen mit den portugiesischen Kollegen erfolgen. Dabei hoffen die spanischen Gewerkschaften, dass auch in Italien, Griechenland, Malta und Zypern gestreikt wird. Der EGB unterstützt in einem Kommuniqué die Spanier. Doch das alleine wird nicht reichen. Ob inzwischen die Notwendigkeit in die Einsicht gemeinsamen Handelns gewachsen ist, wird sich dann konkret zeigen. Auf sich alleine gestellt, werden die KollegInnen in den Krisenländern auf jeden Fall die Auseinandersetzung nicht stemmen. Dazu brauchen sie nicht zuletzt auch die ganz praktische Unterstützung und Solidarität der deutschen Werktätigen. Hier sind aber die Bedingungen für einen solchen Kampf noch nicht gereift. Das heißt, die Krise wird dauern und die Krise wird sich verschärfen; nicht nur in den Ländern Südeuropas, sondern auch im ökonomischen Zentrum der EU, in Deutschland, den Niederlanden und Skandinavien.

Stand: 24. 10. 2012

Anzeige

## Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.



# Nein zu Spardiktaten und Nationalismus!

## Solidaritätsreise nach Griechenland, 15. bis 22. September 2012

Vom 15. bis 22. September reiste eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Betrieben, Städten, Gewerkschaften und europäischen Ländern nach Griechenland, um sich, „wie sie schreiben „... selbst ein Bild (zu)machen von den verheerenden sozialen Zuständen.“ Die Reisegruppe hat bereits Spenden an verschiedene Projekte der griechischen KollegInnen weitergegeben und ruft zu weiteren Spenden auf: „Unsere Maßgabe war, dass wir keine Almosen verteilen wollten, sondern KollegInnen unterstützen wollten, die eigenständig und selbstverwaltet den Widerstand gegen die Spardiktate aufgenommen haben.“ Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf.

die Redaktion

Hunderttausende, bleibt von der medizinischen Versorgung ausgeschlossen.

Während die Lohn-, Gehalts- und Verbrauchssteuern stiegen, wurden die Arbeitslosenhilfe auf 360 Euro im Monat zusammengestrichen und die Bezugsdauer auf ein Jahr gekürzt. Danach bleibt nur die Unterstützung durch Familienangehörige oder der Gang zu den humanitären Suppenküchen. Bei denen, die noch Arbeit haben, wurden die Löhne um bis zu 50 Prozent gesenkt. Der Mindestlohn wurde von 750 auf 590 Euro reduziert.

Die griechische Eisenbahn und die Agrarbank werden privatisiert. Weitere Privatisierungen sollen folgen – faktisch das gesamte griechische Staatseigentum soll internationalen Finanzinvestoren und Konzernen zum Kauf angeboten werden.

Zur Durchsetzung der Spardiktate wurden die griechische Verfassung gebrochen, die Rechte des Parlaments ausgehebelt und die Tarifautonomie beseitigt. Den Gewerkschaften wurde verboten,

Lohnerhöhungen zu vereinbaren, solange die Arbeitslosigkeit nicht auf unter 10 Prozent gesunken ist. Die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung trägt sich nicht mit den parlamentarischen Spielregeln und mit den Rechten, die den Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften in der Vergangenheit gewährt wurden.

Griechenland wurde zum Experimentierfeld für die Umsetzung der kapitalistischen Krisenlösung, wie sie vor allem von der Bundesregierung mit dem „Europäischen Fiskalpakt“ vorangetrieben wird. Die Regierungen in Italien und Spanien

folgten mit ihren Sparprogrammen dem griechischen Vorbild. Das Krisenlösungsmodell lautet: Um Investoren, Kapitalanleger, große Vermögensbesitzer und deren Banken zu retten, werden die Krisenlasten der breiten Bevölkerungsmehrheit aufgebürdet. Die Propaganda von den „faulen Griechen“ und den „Südländern, die auf unsere Kosten leben“, soll davon ablenken. Dem wollen wir entgegentreten.

Wir haben beschlossen, als Zeichen der Solidarität nach Griechenland zu fahren. Wir wollen uns selbst ein Bild machen von den verheerenden sozialen Zuständen. Wir wollen Kontakte vertiefen und neue aufbauen mit denjenigen, die sich seit zwei Jahren gegen die von der Troika verordneten Spardiktate zur Wehr setzen. Wir wollen ihnen zeigen, dass es auch im relativ ruhigen Deutschland KollegInnen gibt, die sie unterstützen. Nach unserer Rückkehr werden wir die gewonnenen Erfahrungen weitergeben – damit die Idee der grenzübergreifenden Solidarität stärker wird und sich ausbreitet.

**Heute die griechische Bevölkerung, morgen wir – der Krisenlösung von Oben die Solidarität von Unten entgegensetzen**

Wir bitten um Spenden für griechische KollegInnen, die unsere Hilfe in ihrem Kampf benötigen. Über die Verwendung der gespendeten Gelder werden wir öffentlich berichten.

### Spendenkonto:

Manfred Klingele-Pape,  
Konto-Nr: 1211 478 910,  
Hamburger Sparkasse  
BLZ 200 505 50  
Verwendungszweck:  
Griechenland-Soli

Mehr Informationen zu der Reise und andere Materialien unter:  
[www.labournet.de/diskussion/arbeitsaktionen/2012/griechenreise.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeitsaktionen/2012/griechenreise.html)



Ein in der Geschichte der Europäischen Union bisher einmaliges Sparprogramm hat Millionen Griechen in bittere Armut gestoßen. Der Hunger ist zurückgekehrt, das Gesundheitswesen zusammengebrochen. Allein in Athen sind über 250.000 Menschen auf die Suppenküchen der Kirche angewiesen, um zu überleben. Die Krankenkassen sind pleite. Sie können ihre Rechnungen bei Ärzten und Apotheken nicht mehr zahlen. Immer öfter müssen Patienten für Medikamente und ärztliche Behandlung selber aufkommen. Wer dazu nicht in der Lage ist, wie

# Die Leichtlebigen

## oder über den Charakter einer Regierung

Die gegenwärtige Regierung der Tschechischen Republik, geführt von Petr Nečas, ist die am meisten ungeliebte seit der Entstehung dieses Staates, d. h. seit zwanzig Jahren. Ergebnisse der Meinungsforschung zeigen immer wieder, dass fast 80 % der Bevölkerung sie ablehnen, viele Bürger sie sogar hassen. Kein Wunder: auch noch bevor die Wirtschaftskrise vor ungefähr einem Jahr begann, mehr und mehr ihre Klauen zu zeigen, kam es immer wieder zu Demonstrationen, in denen Tausende und Abertausende von aufgeregten Menschen aus allen Gesellschaftsschichten ihren Unmut, Aufregung und Unzufriedenheit äußerten. Die Reaktion der Regierungsmitglieder, vom Ministerpräsidenten bis zum letzten Minister, war immer dieselbe: kurze geringschätzige Bemerkungen, mit denen zwar „das Recht auf freie Meinungsäußerung“ anerkannt, doch zugleich die Verfolgung des „einzig möglichen“ Regierungskurses bestätigt wurde. Und dieser Kurs, in einem Wort zusammengefasst, heißt: *Sparen*. Denn der Finanzminister hielt – und hält – die Meinung der Ratingagenturen als den einzigen Maßstab seiner Wirkung hoch, viel höher als die Meinung oder das Leiden seiner Mitbürger.

Ja, man kann von Leiden sprechen, denn die Sparmaßnahmen kann man eigentlich mit einem einzigen Wort beschreiben: im Tschechischen heißt es *škrty*, auf Deutsch: *Streichungen*. Gestrichen wird überall: im Erziehungswesen wie bei der Polizei, im Staatsdienst wie im Gesundheitswesen, bei Sozialleistungen wie im Kulturbereich. Der Finanzminister (ehemaliger Christdemokrat, vor zwei Jahren Gründer einer neuen Partei, deren Vorsitz er geschickt mit dem bekannten Fürsten Schwarzenberg besetzte) drohte zuerst, das Land sei so verschuldet, dass ihm der „griechische Weg“ bevorstehen könnte. Er erinnert immer wieder an das angeblich von der EU vorgeschriebene Haushaltsdefizit von drei Prozent als Ziel der gesamten Wirtschaftspolitik. Erst in den letzten Wochen, von der

fortschreitenden Krise (und einigen Regierungsökonomern) überzeugt, spricht der Ministerpräsident von der Notwendigkeit „wachstumsfreundlicher“ Maßnahmen. Bisher ist jedoch nichts Konkretes herausgekommen – aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Regierung, die zweifellos in den nächsten Parlamentswahlen, die 2014 stattfinden, ihrer Nachfolgerin eine zerrüttete Wirtschaft hinterlassen.

Sollte jemand doch glauben, die Regierungsmannschaft folge ihrer Überzeugung und mache nur Fehler, dann muss ihn das vor einigen Tagen veröffentlichte Urteil des Verfassungsgerichtes eines besseren belehren. Die Sozialdemokratische Partei, unterstützt durch die Kommunisten, klagte nämlich beim Verfassungsgericht gegen 14 Reformgesetze der Regierung, die sie für verfassungswidrig hielt. Obwohl das Gericht der Klägerin nur in einem Fall entsprach, ist dieser Fall so bezeichnend für die gesamte Regierungsarbeit, dass er Erwähnung verdient.

Es handelt sich um das „Beschäftigungsgesetz“. Darin wird u. a. für Arbeitslose, die länger als zwei Monate Beschäftigung suchen, vorgeschrieben, an „öffentlich nützlichen“ Arbeiten teilzunehmen. Die werden nicht belohnt und können bis zu 20 Stunden wöchentlich betragen. Bei dieser Arbeit haben die Arbeitslosen eine gelbe Weste mit der Aufschrift „öffentlich nützlich“ zu tragen.

Das Verfassungsgericht fand, diese Vorschrift sein erniedrigend, ein Verstoß gegen die Liste der Menschenrechte (die ein Teil der Verfassung ist) sowie ein Mittel der Willkür – denn es hänge vom Beamten des Arbeitsamtes ab, ob er einen Arbeitslosen zwingen, an dieser Art von „Beschäftigung“ teilzunehmen oder nicht. Außerdem schreibt dieses Gesetz vor, sollte der Arbeitslose es ablehnen, würde er die Arbeitslosenunterstützung verlieren. (Ganz davon zu schweigen, dass diese „öffentlich nützliche“ Arbeit, die am meisten von Stadt- und Dorfverwaltungen organisiert wurde und sehr oft in Reinigung von öffentlichen Plätzen und Parkanlagen bestand, ohne Rücksicht auf die Bildung der Betroffenen

verordnet wurde: es gab Fälle, dass Menschen mit Universitätsbildung in Schulen die Fluren und Toiletten reinigen mussten.)

Es bedarf keines überzeugenderen Beweises, dass eine Regierung, die glaubt, solche menschenverachtende Gesetze durch das Parlament mit Hilfe ihrer Mehrheitsmaschine durchbringen zu müssen, keine wirklich demokratische ist – denn „dem Volke“ dient sie nicht. Leider gibt es in dieser Art von Demokratie keinen anderen Weg, diese Herrscher loszuwerden, als eine neue Wahl. Denn die tschechische Gesellschaft, wie sehr es auch in ihr brodelte, war bisher nicht imstande, Mittel zu finden, um die Regierung fortzujagen. Es gab keinen Generalstreik – bisherige Streiks dauerten kaum einen Tag –, und an einen aufrüttelnden „bürgerlichen Ungehorsam“ kann man gar nicht denken. Bürgerinitiativen bestehen aus kleinen Gruppen, die nicht imstande sind, zusammenzurücken. Man wartet deshalb auf 2014.

Štěpán Steiger

### Wahlen in Tschechien

Wenn man diese Schilderung der aktuellen Verhältnisse in der Tschechischen Republik liest, ist man etwas weniger erstaunt über den Wahlerfolg der Kommunistischen Partei bei den gerade abgehaltenen Regionalwahlen (Sie entsprechen in etwa unseren Landtagswahlen).

Landesweit konnte die ODS (Bürgerpartei) nur noch 12,3 Prozent aller Stimmen erringen, was einer Halbierung ihres Wahlergebnisses von 2008 gleichkommt. Die Sozialdemokraten (ČSSD) wurden mit 23,6 Prozent stärkste politische Kraft, doch auch sie mußten herbe Verluste von rund zwölf Prozentpunkten hinnehmen. Klarer Wahlsieger ist die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens. Die KSČM konnte ihren Stimmenanteil von rund 15 Prozent 2008 auf 20,5 Prozent ausbauen. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 36 Prozent.



## Wahlnachlese Venezuela Blinde Loyalität ist passé



Der Sieg von Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen in Venezuela am 7. Oktober fiel deutlicher aus, als es die deutsche Presse hätte vermuten lassen. Laut dem amtlichen Endergebnis stimmten 55,13 Prozent der WählerInnen (8 181 122 Stimmen) für Chávez und 44,25 Prozent (6 566 712 Stimmen) für Henrique Capriles, den Kandidaten des breiten Oppositionsbündnisses. Die vier weiteren Optionen erhielten zusammen etwa 90 000 Stimmen, knapp über 0,5 Prozent. Von diesen schnitt der Trotzist Orlando Chirino, der sich als linke Alternative zu Chávez präsentierte, mit 4 137 Stimmen (0,02 Prozent) am schlechtesten ab. Chávez gewann in 21 von 23 Bundesstaaten (und verlor in Mérida und Táchira) sowie im Hauptstadtdistrikt. Chávez besiegte Capriles auch im Bundesstaat Miranda, wo Capriles Gouverneur ist.

Über den Wahlsieg von Chávez dürften sich auch die allermeisten Regierungen Lateinamerikas und der Karibik – außer denen in Honduras, Paraguay und Mexiko – gefreut haben. Venezuela nimmt eine zentrale Rolle in den diversen Initiativen regionaler und kontinentaler Integration ein (ALBA, CELAC, UNASUR u. a.) und ist – trotz deutlicher politischer Unterschiede in der internationalen und der Wirtschaftspolitik – ein strategischer Partner Argentinien und Brasiliens. Selbst für die Regierung Santos in Kolumbien war der Wahlsieg von Chávez bedeutend. Mit einer rechten Regierung in Venezuela hätte

der angelaufene Friedensprozess mit der FARC kaum Chancen auf Erfolg, Chávez ist in den Gesprächen der wichtigste Garant.

### Realitätsresistente Presse

Einige deutschsprachige Medien schrieben, das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen sei „überraschend deutlich“ ausgefallen. Dies deutet darauf hin, dass die Medien ihrer eigenen Propaganda Glauben geschenkt haben. Denn laut nahezu allen Umfragen im Vorfeld zeichnete sich kein anderes Ergebnis ab. Lediglich das unseriöse und eng mit der Opposition verquickte Institut Consultores 21 vermeldete im Vorfeld der Wahlen, Capriles würde gewinnen. Gegen jede Vernunft machten sich die meisten deutschsprachigen Medien zum Sprachrohr der venezolanischen Opposition (und da gab es kaum einen Unterschied zwischen vermeintlich liberalen Medien oder rechter Presse) und verkündeten im Vorfeld, Chávez habe einen gefährlichen Gegner, es sei völlig unklar, wer die Wahl gewinnen würde, die Wirtschaft liege am Boden, weil Chávez das Geld aus dem Ölgeschäft mit Geschenken an die Armen verpulvere. Es war von Repression gegen Oppositionelle die Rede und vieles mehr. Die *Frankfurter Rundschau* fragte am 5. Oktober mit Bezug auf Chávez: „Ist seine Zeit bald vorbei?“ Zu Capriles erklärte sie: „In jüngsten Umfragen kommt er dem Amtsinhaber gefährlich nahe, in einigen

liegt er sogar knapp vor ihm.“ Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete am gleichen Tag über Chávez: „Sein Zustand ist so rätselhaft wie der Ausgang dieser Wahl“ und bezeichnete Capriles als „jung-dynamisches Kontrastprogramm zum kranken Amtsinhaber“. Auch das klare Wahlergebnis, elf Prozent Abstand bei knapp 81 Prozent Wahlbeteiligung, konnte die meisten Medien nicht davon abbringen, weiter von der Schwäche Chávez' und der Diktatur in Venezuela zu schreiben. Die *Welt* titelte am 9. Oktober: „Hugo Chávez hat knapp gesiegt.“

Autorin Sandra Weiss, bekannt für ihren militanten Anti-Chavismus, tonte: „Chávez' Popularität schwindet.“ Bereits am 8. Oktober hatte Hildgard Stausberg ebenfalls in der *Welt* Venezuela zu einer Diktatur erklärt und die venezolanische Bevölkerung mehrheitlich für schwachsinnig befunden. Eine Verbesserung der Lage in Venezuela könnten nur diejenigen „behaupten, die von ihm und seiner Bereicherungsdiktatur profitieren“. Denn von den Erdöleinnahmen sei bei den Armen nicht viel angekommen, aber „Chávez tut alles, damit diese das nicht merken“. Wenig nutzt es da, dass das Carter-Zentrum und Jimmy Carter selbst, die seit Jahren zu den intensivsten Wahlbeobachtern gehören und wohl kaum einer linken Verschwörung zugunsten Chávez verdächtig werden können, im Vorfeld die Wahlen in Venezuela als die demokratischsten der Welt bezeichneten. Ebenso wenig beeindruckt es die PropagandistInnen, dass Venezuela in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf fünf Prozent Wirtschaftswachstum blickt und selbst der IWF für dieses Jahr sechs Prozent Wachstum erwartet, dass Venezuela im vergangenen Jahrzehnt die größten Fortschritte aller lateinamerikanischen Länder in Sachen Armutsbekämpfung und Verteilungsgerechtigkeit gemacht hat und mittlerweile zu den zehn Ländern der Welt mit dem höchsten Anteil an Studierenden in der Bevölkerung gehört. Die Zahlen lassen sich auch bei internationalen Organisationen wie etwa der UNO

nachlesen. Die Liste könnte endlos fortgesetzt werden. Doch das macht keinen Unterschied. Die deutschsprachige Presse ist in dieser Hinsicht weitgehend realitätsresistent.

Gegen Venezuela läuft die größte Propagandakampagne seit dem Vietnamkrieg. Das ist wichtig. Niemand soll wissen, was wirklich in Venezuela los ist. Und je tiefer die Krise, desto größer die Lügen und Unterschlagungen in der Presse. Selbstverständlich ist in Venezuela nicht alles gelöst und es gibt auch noch Armut. Aber niemand muss hungern. In den Schulen gibt es jeden Tag kostenlos Frühstück, Mittagessen und Nachmittagssnack für die Kinder, staatliche Supermärkte verkaufen (durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern) Grundnahrungsmittel zu Preisen, die 40 bis 70 Prozent unter dem Marktpreis liegen. Für diejenigen, die sich auch das nicht leisten können, werden in Ernährungshäusern täglich eine Million Mahlzeiten kostenlos abgegeben. Es gibt ein kostenloses Gesundheitssystem, auch Brillen und Zahnersatz sind kostenlos. Studierende zahlen keine Studiengebühren, im Gegenteil, Hunderttausende bekommen kleine Stipendien. Anstatt Sozialkürzungen vorzunehmen und Banken mit dreistelligen Milliardensummen zu unterstützen, wurden in Venezuela viele Großbanken verstaatlicht; strenge Finanzauflagen verhinderten Bankentpleiten. Einige betrügerische kleine Privatbanken, die kurz vor der Pleite standen, wurden verstaatlicht und die Einlagen der SparerInnen ausgezahlt. Das ist kein gutes Beispiel angesichts der EU-Linie.

In Venezuela haben sich dadurch jedoch die politischen Parameter deutlich verschoben. Daher legte die Opposition ihre neoliberalen Pläne auch nicht offen dar. Capriles versprach während seiner Wahlkampagne sogar, alle Misiones (Sozialprogramme) beizubehalten – dabei aber viel effizienter und effektiver als Chávez zu sein. Im Endspurt vor den Wahlen sicherte er gar zu, das Staatenbündnis ALBA aufrechtzuerhalten.

Capriles, der zur Führungsriege beim Putsch gegen Chávez im April 2002 gehörte und die versuchte Stürmung der cubanischen Botschaft anleitete, stellte sich im Wahlkampf als Bewunderer Lulas dar – wovon

sich Lula und die PT sofort in einer offiziellen Erklärung distanzieren. Niemand traute sich, neoliberale Politiken vorzuschlagen oder gutzuheißen. Der Oppositionsabgeordnete William Ojeda wurde von seiner Partei Un Nuevo Tiempo und dem Oppositionsbündnis ausgeschlossen, nachdem er in einem Zeitungsinterview verkündet hatte, er sei besorgt angesichts der „neoliberalen Obsession“ einiger Oppositionsvertreter. Was nicht sein darf, kann nicht sein. Die Opposition bestritt, neoliberale Orientierungen zu haben, und schloss Ojeda sofort aus ihren Reihen aus.

Der Direktor des Meinungsforschungsinstituts Hinterlaces, Oscar Schemel, dem jede Sympathie für Chávez oder den laufenden Transformationsprozess fern liegt, erklärte in einem Interview nach den Wahlen: „Die Opposition stellt weiterhin keine Alternative dar ... und hat nur die Protestwähler eingesammelt.“ Weiterhin sagte er: „Der Chavismus stellt heute eine emotionale Community, eine Klassenidentität und vor allem eine neue populäre politische Kultur dar.“

### Probleme und Versäumnisse

Bei einer genaueren Betrachtung der Ergebnisse ist allerdings auch jede Euphorie seitens der Kräfte des Transformationsprozesses fehl am

Platz. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 gewann Chávez noch mit 25 Prozentpunkten Vorsprung (bei 75 Prozent Wahlbeteiligung). Während die Opposition seitdem 2,2 Millionen Stimmen hinzugewonnen hat, waren es für Chávez nur knapp 900 000 Stimmen mehr. Warum konnten nach weiteren sechs Jahren chavistischer Regierung, trotz aller eindeutigen sozialen und ökonomischen Verbesserungen, nicht mehr Menschen von dem Projekt überzeugt werden? Das hat vielfältige Gründe. Dazu gehört unter anderem, dass die ökonomische Umverteilung schneller stattfindet als der kulturelle Wandel (und es gab erhebliche Versäumnisse, diesen Wandel stärker voranzutreiben). Diejenigen, die einen sozialen Aufstieg hinter sich oder in Aussicht haben, sind nun nicht mehr unbedingt für eine Vertiefung des Transformationsprozesses in Richtung Sozialismus zu gewinnen. Das zeigt sich z.B. an den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen in der venezolanischen Community im Ausland, wo 90 Prozent für Capriles stimmten. Im Allgemeinen migrieren aus Venezuela zwar ohnehin überwiegend Angehörige der Mittel- und Oberschichten, der Großteil in die USA oder nach Spanien, von daher ist das Ergebnis hier keine Überraschung. Aber selbst in Ländern, in denen die Wahlberechtigten wesentlich aus Botschaftspersonal und Studierenden mit Stipendien der Regierung bestehen, gewann Capriles haushoch.

Eine der zentralen Sorgen der Bevölkerung Venezuelas ist die hohe Kriminalitätsrate. Diese ist zwar nicht die „höchste der Welt“ oder „die höchste Lateinamerikas“, wie international in den Medien behauptet wird, liegt aber über dem lateinamerikanischen Mittel. Dass sie die Sorgenliste der VenezolanerInnen anführt, liegt auch daran, dass in Venezuela – wie das konservative chilenische Meinungsforschungsinstitut Latinobarómetro schrieb – existenzielle Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Gesundheitsversorgung anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern kaum eine Rolle spielen.

Jenseits aller Zahlen und Vergleiche stellt die hohe Kriminalität aber eindeutig ein schwerwiegendes Problem dar. Woran liegt die hohe





Kriminalität? Der „Krieg gegen die Drogen“ hat die Drogengewalt über weite Teile Lateinamerikas ausgedehnt, Venezuela als unmittelbares Nachbarland Kolumbiens ist davon besonders stark betroffen. Auch die „Demobilisierung“ der kolumbianischen Paramilitärs hat für eine Zunahme der Kriminalität in Venezuela gesorgt. Und auch die Frage nach dem kulturellen Wandel stellt sich hier wieder: Venezuela ist eine stark konsumistische Gesellschaft, die zudem aufgrund der erdölbasierten Rentenökonomie eine „Kultur des schnellen Geldes“ hat. Umverteilung und Wirtschaftswachstum haben dafür gesorgt, dass Geld und Güter viel weiter verbreitet und in der Folge stärkere Begehrlichkeiten geweckt sowie mehr Möglichkeiten geschaffen worden sind. Hinzu kommt eine weitgehend korrupte und kriminelle Polizei, die oftmals eher Teil des Problems als der Lösung ist. Nach über drei Jahren Diskussionen, Consultas und Vorbereitungen nahm im Dezember 2009 die neu gegründete *Policía Nacional Bolivariana* (Bolivarianische Nationalpolizei, PNB) ihre Arbeit auf. Die Kommission für die Polizeireform und die neu gegründete Polizeischule werden von der Soziologin Soraya El Achkar maßgeblich mitbestimmt. Sie hatte in den 80er-Jahren eine NRO gegen Polizeigewalt ins Leben gerufen, nachdem ein Bekannter von ihr von der Polizei ermordet worden war. In den nächsten Jahren sollen alle Polizeieinheiten und Polizisten im Land durch die neue PNB ersetzt werden. In ihren ersten Einsatzgebieten konnte die Kriminalitäts- und Mordrate erheblich gesenkt werden. Ob die PNB tatsächlich nicht nur eine funktionierende herkömmliche Polizei wird, sondern wie angekündigt eine andere Polizei, die nicht auf Repression, sondern auf Kooperation mit den Communities setzt, bleibt abzuwarten.

Außerdem herrscht großer Unmut darüber, dass viele Probleme auch nach 14 Jahren Chávez-Regierung noch nicht gelöst worden sind. So funktioniert die Müllabfuhr in vielen Städten nach wie vor schlecht, einzig in Caracas-Stadt ist nach der Enteignung mehrerer privater Abfallunternehmen in den vergangenen zwei Jahren eine schrittweise Verbesserung spürbar. Der Stromverbrauch

hat sich in den letzten 14 Jahren mehr als verdoppelt, das Stromnetz ist infolgedessen von häufigen Ausfällen betroffen. Viele Institutionen arbeiten ineffizient und es besteht wenig oder keine Koordination miteinander. Die Korruption ist nach wie vor weit verbreitet, Beziehungen und Verwandtschaft spielen bei der Vergabe von Aufträgen oder Ämtern (wie eh und je) eine wichtigere Rolle als Fähigkeiten und politisches Bewusstsein.

Und obwohl die Regierung in Venezuela Arbeiterkontrolle propagiert, muss diese erkämpft werden. Das gilt auch für die Autonomie der lokalen Selbstverwaltung, die gegenüber gegenüber den meisten Institutionen kontinuierlich durchgesetzt werden muss. Keine Institution schafft sich selbst ab. Institutionen folgen einer inhärenten Logik, ihre Macht zu reproduzieren und auszuweiten, soziale Prozesse kontrollieren und planen zu wollen. Große Unzufriedenheit herrscht im eigenen Lager offensichtlich auch mit der PSUV. Von den 8,2 Millionen Stimmen für Chávez gingen 1,7 Millionen an elf andere linke Parteien, die den Prozess unterstützen. Diese konnten seit den letzten Wahlen um einiges zulegen. Damit drückten viele AnhängerInnen des Bolivarianischen Prozesses ihren Unmut über die Führungsansprüche einer Partei aus, die kein Diskussions- und Entscheidungsforum ist, sondern eine Wahlmaschinerie, in der politisch-institutionelle RepräsentantInnen um Posten und Einfluss schachern. Ebenso herrscht weitgehend Unzufriedenheit mit den meisten PSUV-Gouverneuren und Bürgermeistern. Das wird sich auf die kommenden Regionalwahlen im Dezember und die lokalen Wahlen im April 2013 auswirken. Nachdem die PSUV kurz nach den Präsidentschaftswahlen die „Einheitskandidaten“ für die Gouverneurswahlen vorstellte und dabei die Vorschläge und Interessen der anderen Parteien und der Basisorganisationen weitgehend übergang, brach ein Sturm der Entrüstung los. In den Medien des Prozesses erschienen Hunderte von kritischen Diskussionsbeiträgen. Bereits einige Tage später präsentierten die pro-chavistischen Kleinparteien, diverse Basisbewegungen und PSUV-Dissi-

denz eigene Kandidaturen für 13 der 23 Gouverneurswahlen. Dies sind keine einheitlichen Kandidaturen einer linken Opposition, sie werden im Kontext unterschiedlicher Kräftekonstellationen unterstützt und nicht immer sind sie überzeugender als die PSUV-Kandidatur. Einige Fälle sind allerdings eklatant. So etwa die erneute Kandidatur von Francisco Rangel in Bolívar. Er hat als Gouverneur ein korruptes System der Selbstbereicherung aufgebaut und stellt sich aktiv der Arbeiterkontrolle in den Basisindustrien entgegen. Rangel ist an der Basis und in weiten Teilen der Bevölkerung Bolívars verhasst. Hohe VertreterInnen der PSUV und der Regierung haben nun hektisch begonnen, auf die anderen Parteien und Initiativen zuzugehen und Gespräche zu suchen. Bis zu den Wahlen werden sicher noch einige Kandidaturen neu verhandelt werden. Das wird aber mit großer Sicherheit nicht überall geschehen. In vielen Fällen, in denen dies nicht gelingt, könnte dies einen Sieg für die Opposition zur Folge haben.

Nach 14 Jahren ist blinde Loyalität im Namen der Einheit nicht mehr zu haben. Offen ist bisher allerdings, wie vereint die Opposition antreten wird. Erste getrennte Kandidaturen gibt es auch schon bei ihr. Der alleinige Führungsanspruch von Capriles und seiner Partei Primero Justicia – die als stärkste Partei im Oppositionsbündnis etwas mehr als ein Viertel der Stimmen mobilisierte – hat für starke Anspannungen und Konflikte gesorgt. Diese werden in den Regionalwahlen und in den lokalen Wahlen noch stärker zu Tage treten. Für die Basisorganisationen geht es nun aber jenseits aller Wahlen in den nächsten Jahren wesentlich darum, die Kämpfe um lokale Selbstverwaltung, Arbeiterkontrolle, Produktion und kulturellen Wandel zu intensivieren und in, mit, ohne und gegen die Institutionen die Transformation zu vertiefen.

Dario Azzellini



Zuerst erschienen in *Ila*,  
Nr. 360, Nov. 2012  
Bezug: Informationsstelle  
Lateinamerika e.V.  
Heerstr. 205, 53111 Bonn  
[www.ila-web.de](http://www.ila-web.de)  
[ila@ila-bonn.de](mailto:ila@ila-bonn.de)

Welthunger

# Der grosse Sieg des Raubgesindels

«*Wir lassen sie verhungern*», so heisst das neue Buch des Soziologen Jean Ziegler. Wir drucken einige Passagen als Vorabdruck. Wir entnehmen diese Auswahl der WOZ, der Züricher Wochenzeitung. Darin untersucht Ziegler die jüngsten Budgetkürzungen beim Uno-Welternährungsprogramm und skizziert Ansätze im Kampf gegen die «Hungermacher».



**W**ährend all der Jahre als Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung waren meine schönsten – weil intensivsten und bewegendsten – Augenblicke diejenigen, die ich in den Schulkantinen und -küchen in Äthiopien, Bangladesch, der Mongolei et cetera verlebt habe ...

Dort war ich stolz, ein Mensch zu sein. Die Nahrung richtete sich nach dem jeweiligen Land. Die Mahlzeiten wurden mit heimischen Produkten zubereitet: Maniok, Teff und Hirse in Afrika; Reis, Saucen und Hühnchen in Asien; Quinoa und Süsskartoffeln auf den Hochebenen der Anden. Auf allen Kontinenten gehörte zu den Mahlzeiten des Uno-Welternährungsprogramms (WFP) Gemüse. Und zum Nachschick immer einheimisches Obst: je nach Land Mango, Datteln, Weintrauben.

Eine tägliche Mahlzeit in der Schulkantine veranlasste die Eltern unter Umständen, ihre Kinder in die Schule zu schicken und für einen regelmässigen Besuch zu sorgen. Natürlich förderte diese Mahlzeit das Lernen und ermöglichte den Kindern, sich auf den Unterricht zu konzentrieren.

Mit nur 25 amerikanischen Cent konnte das WFP eine Schale mit Reis oder Gemüsebrei oder Hülsenfrüchten füllen und den Schülern ausserdem eine Monatsration mit nach Hause geben. 50 Dollar genügten, um ein Kind ein Jahr lang in der Schule mit Nahrung zu versorgen.

In den meisten Fällen bekamen die Kinder in der Schule Frühstück und/oder Mittagessen. Diese Mahlzeiten wurden entweder in der Schule selbst, von der Gemeinde oder in Zentralküchen zubereitet. Manche Schulspeisungsprogramme sahen vollständige Mahlzeiten vor, während andere besonders energiereiche Kekse oder kalte Imbisse anboten. Die segensreichen Rationen für zu Hause ergänzten die Schulspeisung. Dank dieser Einrichtung erhielten ganze Familien Lebensmittel, wenn ihre Kinder zur Schule gingen. Die Verteilung dieser Rationen wurde davon abhängig gemacht, ob die Kinder in der Schule angemeldet waren und wie regelmässig sie den Unterricht besuchten.

## «Warum isst der Kleine nicht?»

Im Rahmen des Möglichen wurden die Nahrungsmittel vor Ort gekauft. Davon profitierten die einheimischen Kleinbauern. Ausserdem wurden die Mahlzeiten in der Schule mit Mikronährstoffen angereichert. Durch die Verteilung von lebenswichtiger Nahrung in extrem armen Regionen gelang es der Schulspeisung, gelegentlich den Teufelskreis von Hunger, Armut und Kinderarbeit zu durchbrechen. Schulspeisung erhielten ferner aidskranke Kinder, Waisen, behinderte Kinder und demobilisierte Kindersoldaten.

Vor 2009 versorgte das WFP auf diese Weise im Durchschnitt 22 Millionen Kinder – davon die Hälfte Mädchen – in siebenzig Ländern mit Mahlzeiten, die insgesamt einen Wert von 460 Millionen Dollar pro Jahr repräsentierten. (...)

Eines Tages fiel mir in einer Schule in Jessore, Bangladesch, ganz hinten in einer Klasse ein Junge von ungefähr sieben Jahren auf, der vor sich auf dem Pult seinen Teller mit Haferbrei und Bohnen stehen hatte, aber das Essen nicht anrührte. Unbeweglich sass er da, den Kopf gesenkt. Ich fragte Shah Murshid, den Regionaldirektor des WFP: «Warum isst der Kleine nicht?»

Murshid antwortete ausweichend. Offenbar war er verlegen. Schliesslich erklärte er: «Es gibt immer Probleme ... Hier in Jessore haben wir nicht die Mittel, den Schülern Familienrationen für ihre Familien mitzugeben. Deshalb weigert er sich zu essen ... Er möchte das Essen für seine Familie mitnehmen.»

Erstaunt wandte ich ein: «Aber warum lassen Sie ihn nicht gewähren? ... Er liebt halt seine Familie!» Murshid: «Der Kleine hat Hunger. Er muss essen. Laut Vorschrift darf das Essen nicht aus der Schule hinausgenommen werden.»

Dieses Problem tritt immer wieder überall dort auf, wo das WFP Schulkantinen unterhält. Wo seine Mittel (und die der das WFP unterstützten nichtstaatlichen Organisationen) nicht ausreichen, um den Schülern zusätzliche Mahlzeiten für ihre Familien mitzugeben, kommen strikte Regeln zur Anwendung.

In Sidamo beispielsweise, im Süden Äthiopiens, schliesst der Lehrer die Kantine ab, sobald das Essen aufgetragen ist, um die Schüler zu zwingen, die Mahlzeit dort einzunehmen. Wenn die Kinder aus der Kantine treten und zu der Reihe der Wasserschläuche auf dem Schulhof gehen, um



sich die Zähne zu putzen und die Hände zu waschen, geht der Pädagoge noch einmal hinein, um sich davon zu überzeugen, dass alle Mahlzeiten aufgegessen wurden und dass nicht unter den Pulten versteckt noch volle oder halbvolle Teller stehen ...

Die Liebe zu ihrer Familie spielt bei den Kleinen eine grosse Rolle. Essen, während die Eltern zu Hause hungern müssen, stellt ihre Loyalität, ihre Solidarität auf eine harte Probe. Daher ist es einigen von ihnen lieber, vom Hunger gequält zu fasten, als von Gewissensbissen gequält zu essen ... Aber tragischerweise stellt sich das Problem heute kaum noch, weil die meisten Schulspeisungen eingestellt worden sind.

Am 22. Oktober 2008 haben sich die siebzehn Staats- und Regierungschefs der Eurozone im Elyséepalast in Paris versammelt. Um 18 Uhr sind Angela Merkel und Nicolas Sarkozy auf der Freitreppe vor die Presse getreten. Dort haben sie den Journalisten erklärt: *«Wir haben gerade 1700 Milliarden Euro freigestellt, um den Interbankenkredit anzukurbeln und um die Eigenkapitalquote der Banken von drei auf fünf Prozent zu heben.»*

Noch vor Ende 2008 gingen die Hilfsgelder der Eurozone für die Nahrungsmittelforthilfe um fast die Hälfte zurück. Das normale Budget des WFP betrug rund 6 Milliarden Dollar. 2009 fiel es auf 3,2 Milliarden. Das WFP sah sich gezwungen, die Schulspeisungen in vielen Ländern, auch in Bangladesch, einzustellen. Seither müssen eine Million kleine Mädchen und Jungen in Bangladesch ohne die Mahlzeiten auskommen.

2007 habe ich viele Schulen in Dhaka, Chittagong und andernorts besucht. Es war offensichtlich, dass viele dieser Kleinen mit den grossen schwarzen Augen und schwächlichen Körpern die einzige nahrhafte Mahlzeit des Tages in ihrer Schule erhielten.

Ich erinnere mich auch an eine mehrstündige Sitzung im Büro des Erziehungsministers in Dhaka. Meine Mitarbeiter und ich kämpften, unterstützt vom örtlichen Vertreter des Uno-Entwicklungsprogramms UNDP, verbissen darum, dass die Schulen in Bangladesch nicht mehr während der grossen Ferien geschlossen wurden, mit anderen Worten

darum, dass die Kinder an zwölf Monaten im Jahr ihre tägliche Mahlzeit bekamen. Der Minister lehnte ab. Heute ist die Frage gegenstandslos geworden. Denn inzwischen hat das WFP, wie schon ausgeführt, die meisten seiner Schulspeisungen abgeschafft.

Für 2011 hatte das WFP seinen nicht einschränkbaren Bedarf auf 7 Milliarden Dollar beziffert. Bis Anfang Dezember 2010 hatte es 2,7 Milliarden Dollar erhalten. Dieser Rückgang der Einnahmen hat dramatische Konsequenzen.

### Millionen US-Dollar fehlen

Den Fall Bangladesch konnte ich aus eigener Anschauung verfolgen. In diesem besonders bevölkerungsreichen, armen und den klimatischen Risiken besonders ausgesetzten Land verloren 2009 acht Millionen Männer, Frauen und Kinder alle Einkünfte und befanden sich nach den Worten des WFP *«am Rande des Verhungerns»* (on the edge of starvation). Schuld war das Zusammenwirken zweier Katastrophen: die Verwüstung weiter landschaftlicher Flächen durch einen Monsun von extremer Heftigkeit und die Schliessung einer grossen Zahl von Textilfabriken, die die ganze Wucht der Weltfinanzkrise ungebremst zu spüren bekamen.

Die Asiadirektion des WFP verlangte in diesem Jahr für die Hilfe in Bangladesch 257 Millionen Dollar. Sie erhielt 76 Millionen. Noch schlimmer war die Situation 2010: Die Asiadirektion erhielt für Bangladesch nur 60 Millionen Dollar. Für 2011 erwartet sie einen noch grösseren Einbruch bei den Zahlungen der Geberländer – und damit eine noch grössere Zahl der zum Hungertod verurteilten Menschen.

In anderen Weltregionen ist die Situation genauso tragisch. Am 31. Juli 2011 gab die Uno folgende Pressemeldung heraus: *«12,4 Millionen Menschen sind am Horn von Afrika vom Hunger bedroht. Diese Region im Osten des Kontinents umfasst fünf Länder, unter denen Äthiopien und Somalia am stärksten von der Hungersnot betroffen sind ... Besondere Gefahr besteht für 1,2 Millionen Kinder im Süden Somalias. In ihrem geschwächten Zustand sind sie vom Tode bedroht, weil ihnen die Kraft fehlt, gegen Krankheiten zu kämpfen.»*

Das WFP verlangte 1,6 Milliarden Euro. Davon hat es weniger als ein Drittel erhalten.

Im Lager Dadaab auf kenianischem Gebiet drängen sich 450 000 Menschen. Hunderttausende versuchen die Lager zu erreichen, die von den Vereinten Nationen in Ogaden errichtet wurden. Jeden Tag tauchen Tausende neuer Familien nach Fussmärschen von 100, manchmal 150 Kilometern aus dem Morgennebel auf. In Dadaab dauert die Registrierung ungefähr vierzig Tage. Weil es an Funktionären fehlt. Es fehlt auch an konzentrierten Nahrungsmitteln (Kraftriegel, nährstoffreiche Kekse) und Infusionsbeuteln. Bei diesen Keksen handelt es sich um Mischungen aus Getreide, Soja, Bohnen und anderen Hülsenfrüchten, Ölpflanzen und Milchpulver, angereichert mit Mineralien und Vitaminen. Diese speziell für den WFP entwickelten Nahrungskonzentrate werden mit Wasser gemischt und wie Haferbrei verzehrt.

In den Lagern und der unmittelbaren Umgebung ringen viele Kinder mit dem Tod. Tage und Nächte hindurch, oft wochenlang, marschieren die Familien, nachdem sie ihre von der Trockenheit zugrunde gerichteten Dörfer verlassen haben, durch die glühende Hitze und den dichten Staub der Steppe, um ein Lager zu erreichen. Viele sterben unterwegs. Mütter müssen die schwächsten Kinder zurücklassen. Am Rand der Pisten, in den Lagern, in provisorischen Unterkünften rund um die Lager sind schon Tausende von Menschen verhungert.

Anfang August 2011 waren nach Einschätzung des Kinderhilfswerks Unicef 570 000 Kinder unter zehn Jahren in dieser Region extrem unterernährt und unmittelbar vom Hungertod bedroht.

In ihrem Aufruf vom 18. August 2011 machte Unicef auch auf bleibende Gesundheitsschäden aufmerksam, die nach Berechnung der Organisation etwa 2,2 Millionen Kindern bevorstehen, die möglicherweise überleben, aber anschliessend unter den Folgen der Unterernährung zu leiden haben werden. Erinnern wir uns, dass ein Kind, das in den ersten zwei Lebensjahren, einer entscheidenden Entwicklungsphase für seine Gehirnzellen, nicht ange-

messen ernährt wird, lebenslange Hirnschäden erleidet.

Sicherlich wäre es ungerecht, Frau Merkel oder den Herren Sarkozy, Zapatero, Berlusconi nebst den anderen Staatschefs, die 2008 entschieden haben, ihren Banken zulasten der für das WFP bestimmten Hilfszahlungen 1700 Milliarden Euro zukommen zu lassen, irgendeinen Vorwurf zu machen.

Frau Merkel und Herr Sarkozy wurden gewählt, um die deutsche und französische Wirtschaft zu stützen und, gegebenenfalls, in Ordnung zu bringen. Sie wurden nicht gewählt, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Schliesslich zählen die vom Hunger dauerhaft geschädigten Kinder aus Chittagong, Ulan-Bator und Tegucigalpa nicht zu den Wählern. Sie sterben auch nicht auf den Champs-Élysées in Paris, dem Kurfürstendamm in Berlin oder der Plaza Mayor in Madrid.

Wirklich schuld an dieser Situation sind die Spekulanten – die Manager der Hedgefonds, die noblen Grossbankiers und andere Raubritter des globalisierten Finanzkapitals –, die aus Profitsucht und persönlichem Gewinnstreben, aber auch einer gehörigen Portion Zynismus das Weltfinanzsystem ruiniert und Vermögenswerte in Höhe von vielen Hundert Milliarden Euro vernichtet haben.

Dieses Raubgesindel müsste vor ein Tribunal für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt werden. Doch seine Macht – und die Schwäche der Staaten – ist so gross, dass es sich offenbar von keinerlei Risiko bedroht sieht.

Ganz im Gegenteil: Seit 2009 haben seine Akteure, als wäre nichts gewesen, ihre Aktivitäten fröhlich wieder aufgenommen, kaum behindert durch ein paar schüchterne neue Normen, die der Basler Ausschuss erlassen hat, diese von den Zentralbanken der reichen Länder eingesetzte Koordinierungsinstanz: erhöhte Eigenkapitalquote, etwas verstärkte Kontrolle der Finanzderivate et cetera. Zu den Vergütungen und Boni der Banker hat der Basler Ausschuss überhaupt keine Entscheidung getroffen. So hat Brady Dougan, der Vorstandsvorsitzende der Credit Suisse, 2010 einen persönlichen Bonus in der bescheidenen Höhe von 71 Millionen Schweizer Franken (65 Millionen Euro) eingesackt. (...)

### Die Hoffnung

2001 belief sich die Zahl der Dollarmilliardäre auf 497 und ihr kumuliertes Vermögen auf 1,5 Billionen Dollar. Zehn Jahre später, 2010, hatte sich die Zahl der Dollarmilliardäre auf 1210 und ihr kumulatives Vermö-

gen auf 4,5 Billionen Dollar erhöht. Das kumulierte Vermögen dieser 1210 Milliardäre übersteigt das Brutto-sozialprodukt Deutschlands.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte 2007/08 hat die Existenzgrundlage vieler Millionen Familien in Europa, Nordamerika und Japan vernichtet. Laut der Weltbank sind zusätzlich 69 Millionen Menschen im Elend des Hungers versunken. In den Ländern des Südens wurden überall neue Leichengruben ausgehoben.

Doch 2010 hatte das Vermögen der Superreichen jenes Niveau überschritten, das ihr Reichtum drei Jahre vor dem Zusammenbruch der Finanzmärkte hatte.

Wer sind die Herren des Agrar- und Lebensmittelmarkts, die heute über die Ernährung der Menschen bestimmen?

Einige transkontinentale Konzerne beherrschen diesen Markt. Jeden Tag entscheiden sie, wer stirbt und wer lebt. Sie bestimmen die Herstellung und den Preis der Produktionsmittel, die die Bauern und Viehzüchter kaufen müssen (Saatgut, Pflanzenschutzmittel, Pestizide, Fungizide, mineralischer Dünger et cetera.). Ihre Trader sind die Hauptakteure an den Commodity Stock Exchanges (den Agrarrohstoffbörsen) der Welt. Sie legen die Lebensmittelpreise fest. Auch das Wasser unterliegt inzwischen grossenteils

### Von Haien und Geiern

Jean Ziegler (78) ist emeritierter Soziologieprofessor und sass insgesamt 28 Jahre als Mitglied der SP im Schweizer Nationalrat. Von 2000 bis 2008 war Ziegler Uno-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung. Seit 2008 ist er Mitglied im beratenden Ausschuss des Uno-Menschenrechtsrats.

In seinem neusten Buch *«Wir lassen sie verhungern»* zieht Ziegler eine Art vorläufige Bilanz der *«Massenvernichtung in der Dritten Welt»*. Dabei kann er aufgrund seiner Arbeit bei der Uno auf einen grossen Fundus von eigenen Beobachtungen zurückgreifen. Ziegler beleuchtet eindrücklich die Realität der Hungernden, ob in den Slums der Grossstädte oder

auf dem Land. Stück für Stück entlarvt er die vielfältigen Ursachen des Hungers: die Lebensmittelspekulation, deren Akteure er als *«Tigerhaie»* bezeichnet, die Monopolisierung des Rohwarenhandels, den Aufkauf des Bodens durch grosse Konzerne, aber auch wie die *«Geier des grünen Goldes»* Nahrungsmittel in Treibstoff verwandeln.

Als Kenner der Uno-Mechanik spart Ziegler auch nicht mit Kritik an der internationalen Politik, die es nicht geschafft hat, den Hunger effektiv zu bekämpfen. Im Gegenteil: Seit der Krise von 2008 sind dem Welternährungsprogramm wie auch der Uno-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft die Gelder massiv gekürzt worden.

Die globale Landwirtschaft könnte gemäss Ziegler *«problemlos»* zwölf Milliarden Menschen ernähren, fast doppelt so viele, als heute auf der Welt leben. Dass dennoch alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert, ist für Ziegler schlicht Mord.

Daniel Stern/woz



Jean Ziegler:  
*«Wir lassen sie verhungern. Die Massenvernichtung in der Dritten Welt»*. C. Bertelsmann Verlag, München 2012. 230 Seiten



der Kontrolle dieser Konzerne. Seit kurzem haben sie sich viele Millionen Hektar Ackerland in der südlichen Hemisphäre angeeignet. Sie berufen sich auf den freien Markt und die «Naturgesetze», die ihn angeblich regieren. Doch an den Gesetzen des Marktes ist gar nichts natürlich. Die Ideologen der transkontinentalen Unternehmen (der Hedgefonds, der internationalen Grossbanken et cetera) sind es, die, um ihre mörderischen Praktiken zu legitimieren und um das Gewissen der Akteure zu beruhigen, diese «Marktgeseetze» als natürlich ausgeben, indem sie sie ständig als «Naturgesetze» bezeichnen.

Vielfältige Ursachen sind daran beteiligt, dass jeder siebte Mensch auf der Erde schwerstens unterernährt ist und dass von diesen eine skandalöse Zahl verhungert. Doch egal, was für Ursachen es auch sind, die Menschheit verfügt über die Mittel, diesen entsetzlichen Missstand zu beseitigen. (...) Die Lösungen sind bekannt und füllen viele Tausend Seiten von Projektentwürfen und Machbarkeitsstudien.

Im September 2000 haben 146 der damals 193 der Uno angehörenden Staaten ihre Vertreter nach New York entsandt, um ein Verzeichnis der schlimmsten Tragödien anzulegen, von denen die Menschheit an der Schwelle des neuen Jahrtausends heimgesucht wurde – Hunger, extreme Armut, Wasserverschmutzung, Säuglingssterblichkeit, Geschlechterdiskriminierung, Aids, Epidemien, Klimazerstörung –, und die Ziele für den Kampf gegen diese Geisseln festzulegen. Nach Berechnungen, die die Staats- und Regierungschefs vorlegten, müsste man, um die acht Tragödien zu besiegen – unter denen der Hunger den ersten Rang einnimmt –, fünfzehn Jahre lang eine jährliche Investition von achtzig Milliarden Dollar vornehmen. Dazu würde es genügen, bei den 1210 vorhandenen Milliarden eine jährliche Vermögenssteuer von zwei Prozent zu erheben ...

Wie können wir der Unvernunft der Hungermacher ein Ende setzen? Indem wir zunächst einmal gegen den Sittenverfall der Führungseliten in vielen Ländern der südlichen Hemisphäre kämpfen – gegen ihre Bestechlichkeit und die Besessenheit, mit der sie festhalten an der Macht

ihrer Positionen und der Aussicht auf die Reichtümer, die diese ihnen versprechen. In einigen Ländern der Dritten Welt sind die Unterschlagung öffentlicher Gelder und die Bereicherung der gewählten Volksvertreter ein grosses Unglück. Wo die Käuflichkeit grassiert, werden die Ackerflächen den Oligarchen des globalisierten Finanzkapitals preisgegeben, die schalten und walten können, wie sie wollen.

Paul Biya, der seit nahezu dreissig Jahren kamerunischer Präsident ist, verbringt drei Viertel seiner Zeit im Genfer Hôtel Intercontinental. Ohne seine tätige Mithilfe könnte sich der Trust von Alexandre Vilgrain nicht die vielen Tausend Hektar Ackerland in Zentralkamerun aneignen. Ohne sie hätte Vincent Bolloré nicht die Privatisierung des Staatsunternehmens Socapalm erreicht und sich nicht 58 000 Hektar fruchtbares Ackerland unter den Nagel reissen können.

In Las Pavas, im nordkolumbianischen Departement Bolivar, werden die paramilitärischen Killer im Sold der spanischen transkontinentalen Ölpalmenkonzerne von der politischen Führung des Landes dazu «ermächtigt», wenn nicht sogar aufgefordert, die Bauern von ihrem Ackerland zu vertreiben: Der gegenwärtige Präsident Juan Manuel Santos ist mit den spanischen Palmölkonzernen so eng verbandelt, wie sein Vorgänger Álvaro Uribe es mit den Paramilitärs war.

Ohne das Wohlwollen von Abdoulaye Wade gäbe es keine Grands Domaines du Sénégal! Und was wäre in Sierra Leone der rührige Jean-Claude Gandur ohne die bestechlichen Regierungsvertreter, die den ländlichen Gemeinschaften ihr Ackerland entreissen, um es ihm zu überlassen?

Bleibt der Hauptfeind. Es wäre so absurd wie vergeblich, von diesen Kraken der Agrarkonzerne, Geiern des «Grünen Goldes» oder «Tigerhaien» der Börsenspekulation zu erwarten, dass sie das Gewissen plagt. Das Gesetz der Profitmaximierung ist ein ehernes Gesetz.

Doch wie sollen wir dann diesen Feind bekämpfen und besiegen? Von Che Guevara stammt das Wort: «Die stärksten Mauern fallen durch ihre Risse.» Bringen wir also der gegenwärtigen kannibalen Weltordnung, die die Menschen unter ihrer Betondecke begräbt, so viele Risse wie möglich

bei! In seiner Gefängniszelle schrieb Antonio Gramsci 1929, der Pessimismus der Vernunft verpflichtete zum Optimismus des Willens. Der Christ Charles Péguy sprach von der «*Hoffnung, dieser Blume der Schöpfung ... die selbst Gott entzückt*».

Der Bruch, der Widerstand, die Unterstützung der Gegenmächte durch die Völker sind unentbehrlich – egal, auf welcher Ebene. Ob global oder lokal. Theoretisch oder praktisch. Hier oder anderswo. Notwendig sind bewusste, konkrete Aktionen, Aufstände, Landbesetzungen et cetera, wie die der Bauerngewerkschafter von Ross Béthio, Benin, der Sierra Jotocán in Guatemala oder der Reisbauern von Las Pavas in Kolumbien.

In den Parlamenten, den internationalen Institutionen können wir radikale Veränderungen durchsetzen: die Vorrangigkeit des Rechts auf Nahrung festschreiben, Börsenspekulationen auf Grundnahrungsmittel verbieten, die Herstellung von Biotreibstoffen aus Nahrungspflanzen untersagen, das globale Kartell der Kraken des Agrarrohstoff- und Nahrungsmittelhandels zerschlagen, die Bauern gegen das Land Grabbing schützen, die Subsistenzlandwirtschaft im Namen des kulturellen Erbes erhalten und überall auf der Welt in ihre Verbesserung investieren. Die Lösungen sind da, die Waffen zu ihrer Durchsetzung verfügbar.

Jean Ziegler

Wir bedanken uns für den Abdruck  
bei Jean Ziegler und WOZ – Die  
Wochenzeitung!

Bezug:

WOZ – Die Wochenzeitung  
Hardturmstrasse 66  
CH-8031 Zürich  
abo@woz.ch  
Fax: 044 448 14 15



# Zum 130. Geburtstag von Karl Grönsfelder



## Die Bedeutung von Karl Grönsfelder für die Vorgeschichte unserer Gruppe

Der Ursprung der *Gruppe Arbeiterstimme* lag in der Nürnberger *Gruppe Arbeiterpolitik*, die nach dem II. Weltkrieg von Genossinnen und Genossen der ehemaligen Kommunistischen Partei Deutschland – Opposition (KPO) gegründet worden war. Entscheidend am Aufbau der GAP in Nürnberg war das Wirken Karl Grönsfelders, des einstigen Spartakusführers in Nürnberg. Er war in der Weimarer Zeit u. a. Landtagsabgeordneter in Bayern gewesen; 1926 wurde er Landessekretär der KPD und 1947 wurde er wieder Mitglied der KPD-Bezirksleitung Bayern, bis zum Ausschluss 1949 („Verräter Karl Grönsfelder“). Nach dem ersten Ausschluss 1930 war er KPO-Leiter in Nordbayern gewesen.

Anfang der fünfziger Jahre zählte die Gruppe Arbeiterpolitik in Nürnberg noch etwa 50 Mitglieder, fast alle Arbeiter und Gewerkschafter.

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg des Kapitalismus und die antikomunistische Stimmung machten im weiteren Verlauf nahezu alle revolutionären Hoffnungen zunichte, was sich auch auf die sozialistischen Organisationen auswirkte.

Als ich im Alter von 28 Jahren 1956 zum ersten Mal mit Karl Grönsfelder zusammentraf, war er schon nicht mehr in den Triumph-Werken, sondern ein Rentner mit 74 Jahren. Er war aber nach wie vor entschlossen, soweit er dazu imstande war, politisch weiterzuarbeiten. Der Kreis der Mitstreiter war kleiner geworden. Als anlässlich eines IG Metall-Bundeskongresses der Betriebsratsvorsitzende aus Salzgitter, Erich Söchtig, mit Arpo-Redakteur Rudi Hanke in Nürnberg weilte, kamen zu unserer Hinterzimmer-Veranstaltung immerhin noch ca. 30 Teilnehmer.

Die anhaltende Konjunktur in Westdeutschland brachte auch der Arbeiterschaft soziale Verbesserungen, die das Klassenbewusstsein weiter schwinden ließen; aber auch

das Schreckgespenst „Stalinismus“ trug dazu bei. Politische und gewerkschaftliche Gegenpositionen waren immer schwerer durchzusetzen, was besondere Bedeutung in der IG Metall hatte, mit Rückwirkung auf die einst starke Arpo-Bastion Salzgitter-Werke. Die bundesweite Gruppe Arbeiterpolitik löste sich 1959, auf Beschluss ihrer Spitze und ohne Mitgliederbefragung, auf. In Bremen und anderswo, auch in Nürnberg, zeigte sich jedoch der Wille, trotz allem weiterzumachen, wenn auch in kleinerem Maßstab. Unterstützung kam dabei auch von Heinrich Brandler.

In Nürnberg hielt Karl Grönsfelder die Wenigen zusammen. Jahrelang war es ein winziger Kreis, zu dessen Kern Hans Kunz, Helmut Insinger, Erich Hansel und Hans Steiger zählten. Hin und wieder gelang es mir, Interessenten einzuladen, die uns jedoch nur wenig aktiv unterstützten. Auch der Kern war immer mehr von Resignation befallen und ohne Karl wäre er wohl auseinandergefallen. Ich war lange Zeit noch ein marxistisch nicht sehr Beschlagener Suchender. Dabei waren mir die Kenntnisse und die Geduld, die Karl aufbrachte, eine große Hilfe. So hat er letzten Endes den Stab weitergereicht. Er war kein Pädagoge und kein Intellektueller, hatte aber den Kern der marxistischen Theorie erfasst und verstand es, sie auf einfache Weise zu vermitteln. Er war menschlich ein Vorbild und von ruhiger Sachlichkeit, verbunden mit Festigkeit in seinen Prinzipien.

Die Studenten- und Jugendbewegung brachte auch der Gruppe Aufschwung, der freilich mit deren Niedergang wieder abebbte. Doch etwas von dem einstigen Zugang ist geblieben; er bildet den heutigen Kern der Gruppe Arbeiterstimme. Vor etwa 20 Jahren haben wir unser Nürnberger Domizil Karl Grönsfelder-Heim genannt und Karl hat es verdient, dass wir ihn in dieser Nummer mit einer Würdigung bedenken.

Der Text stammt vom Genossen Helmut Insinger aus der ARSTI vom 27.2.1974.

Hans Steiger



Karl war als der Sohn einer Köchin und eines Dieners und Kutschers ein typisches Proletarierkind. Er wurde am 18. Januar 1882 in Frankfurt geboren, verbrachte jedoch seine Kindheit bei den Großeltern in Württemberg-Bartenstein. Karl hatte nach dem Besuch einer wenig qualifizierten 4-klassigen Landschule das Mechanikerhandwerk gelernt und arbeitete von 1900 - 1903 in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Siegburg und Krefeld und übersiedelte danach nach Nürnberg. Hier hat er wohl in den harten Konfrontationen mit dem damaligen Erwerbsleben seine ersten ernsthaften Erfahrungen innerhalb der Arbeiterbewegung gesammelt und trat 1908 der SPD und dem Metallarbeiterverband bei.

Nürnberg als eine rasch aufstrebende Industriestadt, der damals größten in Bayern, war eine der Hochburgen der Arbeiterbewegung und für den jungen Karl Grönsfelder ein dankbares Arbeitsfeld, auf dem er sich zunächst in einem Zirkel junger Genossen als Anhänger Rosa Luxemburgs mit sozialistischer Literatur befaßte und innerhalb der Partei auf dem linken Flügel stehend, eine kritische Einstellung zum Bernsteinischen Revisionismus bezog. Dieser

damaligen kritischen Einstellung zu allen offiziellen und mehrheitlich vertretenen Parteidoktrinen ist Karl Grönsfelder in seinem ganzen Leben treu geblieben und er hat niemals diese kritische Position gegenüber den verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung aufgegeben, unabhängig davon, ob er persönlich dabei in die Reihe der Minderheitler gedrängt wurde.

Seine grundsätzliche Einstellung blieb in seinem ganzen Leben dem Gedanken der sozialistischen Revolution verhaftet und der Marxismus schien ihm die einzig mögliche Methode zu sein, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren und auch zu verändern. Im Jahre 1917 schloß er sich deshalb auch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an, die sich während des Ersten Weltkrieges im Gegensatz zu der kriegsbejahenden und reformistischen SPD gebildet hatte, und wurde 1919 einer der Mitbegründer der KPD (Spartakusbund) in Nürnberg.

Gen. Karl war ein hervorragender Betriebsfunktionär und ein ausgesprochener Spezialist für Gewerkschaftsfragen. Der Betrieb blieb trotz

seiner vielseitigen Betätigungen und verschiedenen ihm gestellten Aufgaben seine eigentliche Domäne und die Betriebsarbeit, in der Agitation von Mann zu Mann, seine eigentliche Hauptaufgabe. Diese Aufgabe entsprach auch am besten seinem Naturell. Er besaß wie selten einer die Gabe, vollkommen sachlich und ruhig schwierige Fragen auch mit dem politischen Gegner zu diskutieren, ohne daß es dabei zu Auseinandersetzungen kam, die zu persönlichen Feindschaften geführt hätten. Wenn auch von politischen Gegnern viel geschmäht, blieb Gen. Karl jedoch meist ein respektierter und geschätzter Gewerkschaftskollege, dem man vertraute. So war es kein Zufall, daß er im Jahre 1920 von den MAN-Arbeitern in Nürnberg als Betriebsrat gewählt wurde.

Bei aller Überzeugung von der Notwendigkeit der revolutionären Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, war er zutiefst durchdrungen von der Idee der revolutionären Umgestaltung der bürgerlichen Macht- und Besitzverhältnisse und der Schaffung eines sozialistischen Staates als der Grundlage einer besseren Gesellschaft. Seine vielseitige Tätigkeit innerhalb der Partei verschaffte ihm



Karl Grönsfelder auf dem III. Weltkongress der Komintern 1921 in Moskau

deshalb auch den nötigen Rückhalt und das Vertrauen der Mitglieder, um als Delegierter auf dem III. Parteitag der KPD im Jahre 1920 auftreten zu können. Nach der Vereinigung mit der USPD wurde er ein Mitglied der Bezirksleitung der KPD in Nordbayern und von 1921 – 1924 auch deren Vorsitzender.

Gen. Karl sah in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit den Schlüssel zur Verwirklichung der aktiven Einheitsfrontpolitik, einer der Kardinalfragen für die damalige kommunistische Partei, in der Thalheimer und Brandler in entscheidender Verantwortung agierten. Karl Grönsfelder war einer der aktivsten Vertreter dieser Politik, die darauf abzielte, mit den besten Gewerkschaftskollegen der SPD in den entscheidenden Tagesfragen der Gewerkschaftspolitik eine gemeinsame Kampfplattform zu bilden. Seine Arbeit in dieser Hinsicht war so erfolgreich und nachhaltig,

daß er auf dem VIII. Parteitag im Jahre 1923 in die Gewerkschaftskommission der Partei delegiert und gleichzeitig auch in den Zentralschuß gewählt wurde.

Sein stärkstes politisches Erlebnis in dieser Zeitperiode war zweifellos die Delegierung zum III. Weltkongreß der Komintern 1921 in Moskau. Hier lernte er die hervorragenden Führer der kommunistischen Weltbewegung kennen, die unter der souveränen Leitung Lenins die Fragen der Weltrevolution offen und freimütig diskutierten und als auch noch Hoffnung bestand, daß der Sieg der deutschen Revolution die entscheidende Wende auf dem Vormarsch zum Sozialismus auch in Westeuropa bringen könnte.

In der Aktivierung des deutschen Proletariats lag der Schlüssel zu dieser entscheidenden Wendung, und zweifellos hat Gen. Karl versucht, diese Überzeugung durch gesteigerte gewerkschaftliche Aktivität

zum Tragen zu bringen. Noch war die kommunistische Bewegung in Deutschland zu schwach, um die alleinige Führung im Kampf um die politische Macht und die Durchführung der sozialistischen Revolution zu übernehmen; allein ein Einbruch in die Reihen der fortschrittlichsten Elemente der Sozialdemokratie konnte die Voraussetzungen dafür schaffen. Die Einheitsfrontpolitik lieferte die Basis hierzu.

Der Tod Lenins 1924, der Führungswechsel in der Sowjetunion, die inneren Schwierigkeiten in der SU, bedingt durch die hoffnungslose wirtschaftliche Situation, schuf neue Bedingungen auch für die Internationale. Sinowjew als deren Vorsitzender drängte die Führung der kommunistischen Partei Deutschlands, damals noch Brandler und Thalheimer, in das Abenteuer eines Umsturzversuches, der wegen der fehlenden Voraussetzungen und mangelhaften Vorberei-

### Brief von Karl Grönsfelder an Karl B.:

Nürnberg, 17. Januar 1960

Lieber Karl!

Besten Dank für Deinen Brief vom 15.12. Wie ich daraus ersehen konnte, hast Du Dir als Folge der illegalen Arbeit und der Emigration ein schweres Herzleiden zugezogen. Ja, von den alten Genossen ist wohl keiner da, der nicht gesundheitlichen Schaden erlitten hat. Das ist die Rechnung, die man uns nun im Alter für unsere politische Arbeit präsentiert. Es wäre aber für uns immerhin eine Befriedigung, wenn junge Funktionäre unter den veränderten Bedingungen unsere frühere Funktion einnehmen würden. So bleibt für uns Alte das Vergangene immer noch ein politischer Höhepunkt in der Arbeiterbewegung und ist auch das Bindeglied unter uns, gleich welche Meinungsverschiedenheiten wir in bestimmten Fragen hatten.

Geschichtliche Entscheidungen richten sich

nicht nach dem Willen einer organisierten Gruppe oder Partei, sondern darnach, inwieweit eine grundsätzliche politische Beurteilung der jeweiligen Lage den zu ergreifenden Kampfmaßnahmen entspricht, um mühsam den Weg freizumachen für das gesteckte Ziel des Sozialismus. Wir wären heute in der Arbeiterbewegung notwendiger denn je, doch für diese großen Aufgaben reicht es nicht mehr bei uns.

Wir können bei Beurteilung unserer Arbeit – von der Linken in der SPD vor 1914 bis zur KPO – wohl politische Fehler in mancher Beurteilung feststellen, doch in der praktischen Arbeit haben wir immer wieder eine feste politische Stellung bezogen. Das, was 1933 geschehen ist, hat mit der Vereinigung der Kommunisten

mit der USP 1920 begonnen. In allen führenden Gremien im Reich, von der Spitze bis zu den Zellen, waren die Usepeter fast durchwegs an der Mehrheit. Im Jahr 1919 haben wir die Radikalinskis der KAP-Leute hinausgedrängt und sind erst langsam fortgeschritten zu einer stabilen Organisation, die aber laufend von anderen linken Radikalinskis bedroht war. Es fehlte uns an politischen Funktionären im Reich, soweit führende Funktionen zu besetzen waren. In der KPD (Spartakus) verblieben noch einige angeblich linke Revolutionäre, die, von den USP-Leuten unterstützt, zum Ruth-Fischer-Kurs führten (mit Unterbrechung der Phase von Heinz und August), der, als die USPler in Führung kamen, bis 1933 fortgesetzt wurde.

Der erste Schritt war, die wirklichen Revolutionäre aus den Funktionen mit Einfluß zu verdrängen. Die verhängnisvolle politische Linie der Fischer-Maslow nahm ihren Fortgang und Thälmann (nur vorgeschoben) krönte den ultralinken Kurs. Unser Vorstoß gegen den falschen Parteikurs kam aber erst zur Geltung, als August und Heinz nach



Der innere Zirkel der Nürnberger Gruppe Arbeiterpolitik 1963 in der Wohnung von Hans Kunz. Von links nach rechts: Karl Grönsfelder, Hans Steiger, Hans Kunz und Helmut Insinger.



tungen scheitern mußte. Mit der Absetzung Brandlers und Thalheimers kam auch die bisher so erfolgreich betriebene Einheitsfrontpolitik zum Erliegen und der Aufwärtstrend der KPD in Deutschland zum Stillstand. Stalins Politik des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ wurden alle internationalen Fragen untergeordnet; das Scheitern der Revolution in Westeuropa aber konsolidierte die Isolation der SU und blockierte die Entwicklung des Weltsozialismus über Jahrzehnte hinaus. Der revolutionäre Höhenflug machte einer Politik der Stagnation Platz und auch unser Gen. Karl, nunmehr schon in kritischer Einstellung zur offiziellen Parteipolitik, versuchte der neuen Situation gerecht zu werden.

Sein neues Arbeitsfeld war nunmehr die Politik auf Landesebene. Er wurde 1924 als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag gewählt und hatte diese Funktion bis 1928 inne.

Wegen des Verbots der Kommunistischen Partei war deren Wirken in die Illegalität gedrängt. In diesem Zusammenhang wurde auch Karl im Juni 1924 verhaftet und mußte einige Zeit in Schutzhaft verbringen. Während der Reichstagswahlen war er Wahlleiter der Kommunistischen Partei und führte neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter als Partei-Instrukteur den Unterbezirk Augsburg. Noch einmal schien die politische Laufbahn Karl Grönsfelders einem Höhepunkt zuzustreben, als er 1926 Landessekretär der KPD wurde und nach Ablauf der Legislaturperiode Sekretär für Gewerkschaftsfragen bei der Bezirksleitung Nordbayerns.

Wegen seines Widerstandes gegen den RGO-Kurs in den Gewerkschaften und gegen die These vom „Sozialfaschismus“ wurde er 1930 aus der KPD ausgeschlossen und er trat der von Brandler und Thalheimer geführten KPO bei, für

die er bis 1933 aktiv war. Wie viele seiner Genossen in dieser Organisation, erkannte Karl Grönsfelder, der ja auf dem gewerkschaftlichen Sektor seine größte Stärke besaß, ganz klar, daß der neue politische Kurs der Partei die Gewerkschaften zu spalten, und die Sozialdemokraten als Faschisten zu bezeichnen, zur Katastrophe führen mußte, deren Nutznießer nur die militante Bourgeoisie unter der Führung der Nationalsozialisten sein konnte. Die zur Besinnung mahnende Politik der KPO, die proletarische Einheitsfront nicht zu unterlaufen, und die Warnung vor der faschistischen Gefahr, konnte den Lauf der Geschichte nicht hemmen, und die einst so mächtige Arbeiterbewegung Deutschlands kapitulierte kampflos vor den braunen Horden der Nazis.

Auch dem Gen. Karl blieb das bittere Los der Schmach und Demütigungen nicht erspart, das so

Deutschland zurückgekommen waren.

Wir mußten auf eine Entscheidung drängen: entweder Änderung des politischen Kurses oder Trennung. Man hat uns rausgeworfen, aber zu einer allgemeinen Spaltung kam es nicht. So formierten wir uns als KPO. Die politische Arbeit, die wir 1923–33 geleistet haben, wiegt die Fehler weit auf, auch wenn wir Hitlers Machtantritt nicht verhindern konnten. Funktionärsapparat und Mitgliederzahl standen im Reich in keinem Verhältnis zu SPD-KPD und Gewerkschaften, um einen größeren Einfluß ausüben zu können, und damit auch nicht eine nennenswerte Kraft in dem Kampf gegen Hitler führend in der Arbeiterbewegung zu sein.

Unsere Plattform hatte so viele treffende Formulierungen, wie z. B. über das Wesen und die Aufgaben des Faschismus im Zeitalter der Konzerne und Trusts, die uns bei den Pannen, die die Nazis 1933–35 außenpolitisch erlebten, bei politischen Unterhaltungen im KZ erlaubten, eine Antwort zu geben, die sich später als richtig erwiesen hat, vorher aber von den KP- als auch den SP-Funktionären als lächerlich abgetan wurde.

Was ist schon alles über persönliche Dinge von 1933–35 zu schreiben: Am 30. 1. 33 schickte ich ein Schreiben mit Kurieren an die Arbeiterorganisationen, das kurz auf die damalige Situation hingewiesen hat, und forderte – noch am selben Abend – zu einer Zusammenkunft der Beauftragten der Organisationen auf, um einen Beschluß zum Generalstreik für den nächsten Tag zu fassen. Es genügt, die Antwort der drei großen Arbeiterorganisationen zu erwähnen:

- Schnepfenhorst, SPD, erklärte auf einer Mitgliederversammlung: ein Herr Grönsfelder will uns belehren, was wir tun müssen ... unser Vorstand wird eine klare Entscheidung treffen ...
- Die KPD sagte: ... mit Verrätern, wie Gr. gibt es kein Zusammengehen ... wir stehen dauernd mit der Zentrale in Verbindung ...
- und der Vorsitzende des ADGB: ... er halte das Schreiben für angebracht, doch ohne den Vorstand könne er nichts unternehmen; sobald eine Nachricht einträfe, würde er uns unterrichten.

So verhielten sich die Führungen der Arbeiterorganisationen in entscheidender Stunde. Für mich war es der letzte politische Akt 1933. Wir nahmen noch mit der SAP Verbin-

dung auf und wollten gemeinsam Material herausgeben, das der Lage entsprach. Die KPD berichtete ja nur Siege über die Polizei. Zwei Tage später ging aber das Ganze hoch, das ganze Viertel war von Polizei und SA besetzt. Lange dauerte unsere illegale Arbeit nicht mehr. Das Letzte war ein Lagebericht nach Straßburg, den ich (Kopie) so gut versteckte, daß er 1935 noch am gleichen Platz war. Am 12. 4. 33 wurden Emma und ich verhaftet. Am nächsten Tag kam Emma nach Aichach (Zuchthaus) und ich nach Dachau. Die Methoden, die von den Kommunisten im KZ angewandt wurden, hätten eigentlich das Geschäft der SA sein sollen, doch merkten das die Kommunisten nicht und ihr Verhalten bedürfte besonderer Erwähnung. In Dachau hatten SPD- und KPD-Funktionäre geschworen, nie mehr allein zu marschieren. Schumacher gehörte auch dazu! Im Jahre 1945 haben die beiden Parteien den Versuch in München mit Ministern gemacht. Nach 5–6 Monaten war der Spuk zu Ende. Von den Foltern im KZ ist genug geschrieben worden, aber von dem Innenleben der Gefangenen unter sich, ihren politischen Unterhaltungen oder den mit den SA-Leuten, hat man kein Wort geschrieben.

viele Seinesgleichen auf sich nehmen mußten, Gefangenschaft und Tod in den Konzentrationslagern des neuen Deutschen Reiches. Er wurde schon 1933 von der GeStaPo verhaftet und bis 1935 im KZ Dachau festgehalten. Vielleicht hat seine schon hier einsetzende Taubheit ihn vor dem Schlimmsten bewahrt. Arbeitslos nach seiner Entlassung 1935 bis 37, wurde er unter strenger Beaufsichtigung als Mechaniker in der Schreibmaschinen-Abteilung der Triumph-Werke beschäftigt.

Nach dem Zusammenbruch der Nazi-Herrschaft 1945 war Karl einer der Ersten, die wieder daran gingen, politisch neu zu beginnen, sowohl in gewerkschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. 1946 wurde er in den Betriebsrat gewählt und behielt diese Funktion bis zu seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben 1955 inne. Der Kreis hatte sich wieder geschlossen; im Betrieb hatte die politische Lauf-

bahn Karl Grönsfelders begonnen, im Betrieb hatte sie auch ihr Ende gefunden. Seine Erfahrung mit den Gewerkschaftskollegen aller Schattierungen ermöglichte es ihm, ohne nennenswerten politischen Anhang im Betrieb, die ihm notwendig erscheinende Politik zu betreiben, entsprechend den gegebenen Bedingungen, d.h. also, einer Arbeiterschaft, die durch den verlorenen Krieg deprimiert und ohne Klassenbewußtsein war. Mit dem Aufnehmen der mühevollen Kleinarbeit im Betrieb schuf sich Karl eine, wenn auch kleine politische Basis und erlangte das Vertrauen der Belegschaft, die ihn trotz seiner politischen Vergangenheit und seiner ungebrochenen kommunistischen Einstellung mit großer Mehrheit immer wieder in den Betriebsrat wählte.

Politisch hatte Karl 1946 mit seinem Wiedereintritt in die KPD versucht, die Fehler der Vergangenheit

dieser Partei zu überwinden, und er wurde sogar 1947 in die Bezirksleitung Bayerns gewählt. Jedoch die Unselbständigkeit der zentralen politischen Führung, ihre Abhängigkeit von der Politik der Sowjetunion, die Ermangelung jeglicher innerparteilicher Demokratie, ließ die alten Gegensätze wieder aufbrechen, und so wurde Karl Grönsfelder 1949 als „Titoist“ und Anhänger Heinrich Brandlers erneut mit einigen anderen Genossen aus der Partei ausgeschlossen.

Die politische Aktivität Karls war jedoch davon nicht betroffen. Die Gruppe „Arbeiterpolitik“, als eine Nachfolgeorganisation der KPD-O sah ihn in ihren ersten Reihen. Als die zentrale Figur in Nürnberg vereinte er in sich alle Qualitäten des Arbeiterführers und Funktionärs der alten Garde, von denen leider nur zu wenige den Nazi-Terror ungebrochen überlebt haben. Seine Erfahrung und

Nach meiner Entlassung aus dem KZ im Frühjahr 1935 hatte ich die schriftliche Verpflichtung unterschreiben müssen, mich 3/4 Jahr jeden 2. Tag auf der Polizei zu melden. An eine Arbeit war nicht zu denken. „Selbsthilfe“ wurde – bis ich eine Arbeit bekam – groß geschrieben. Unter besonderen Umständen bekam ich 1937 eine Stelle als Mechaniker bei den Triumph Werken Nürnberg im Schreibmaschinenbau. Ludwig Sch. (der Dir sicher aus der Zeit der KPD Jena bekannt sein wird – er kandidierte zu den Landtagswahlen für die KPD und war dann bei der KPO; ich kannte ihn von der KPO her) ermöglichte meine Einstellung. Er war aus ehelichen Gründen zu den Nazis gegangen und hier Betriebsassistent. Er übernahm die politische Verantwortung für mich und so wurde ich eingestellt. Der Kontakt mit den Arbeitskollegen vollzog sich zu meinem Vorteil. Wenn sich irgendetwas im „Vertrauensrat“ gegen mich bewegte, verständigten mich Nazi-Mitglieder, Vorsicht zu üben. Die Frankfurter Zeitung und Das Reich von Goebbels waren meine Unterhaltungsgrundlage mit ihnen. Bis zum Ausbruch des Krieges war ich bis auf die üblichen Schikanen von Polizeiaktionen verschont. Am 1. September

wurde ich erneut verhaftet. Emma setzte Sch. und den ersten Direktor der Firma in Bewegung, um mich frei zu bekommen. Zufällig kannte letzterer den zuständigen Polizeirat den er persönlich aufsuchte, und erreichte, daß ich freigelassen wurde nach 5-tägiger Haft. Wäre ich nur einen Tag länger in Haft geblieben, wäre ich mit dem Transport nach Buchenwald gekommen. Die nachfolgenden Kriegsjahre habe ich den Umständen entsprechend, schlecht und recht überstanden. Von der Kriegsproduktion 1944 war ich als unsicher ausgeschaltet (V1-Waffe). Bei Kriegsende war ich krank in einem Landort, in dem meine Tochter mit ihrem Kinde evakuiert war, da ich zu Hause ja keine Ruhe vor den dauernden Angriffen hatte.

Nach meiner Rückkehr bildeten die KPD-SPD und ein indifferenter Kollege – von den Amerikanern eingesetzt – den Betriebsrat. Bei den Betriebsratswahlen 1946 wurde ich mit der höchsten Stimmenzahl gewählt und freigestellt. Diese Position behielt ich bis 1953, wo ich wegen meines Alters von 72 Jahren ausscheiden mußte.

Der politische Werdegang in der Nachkriegszeit ist Dir bekannt, so auch meine Zugehörigkeit zur Gruppe Arbeiterpolitik. Das politische Erlebte in den letzten Jahren übertrifft

alles bisherige. Abgefunden habe ich mich damit nicht, aber über das „Wie ändern“ bedarf es noch ernstlicher Arbeit, um noch etwas für die Zukunft zu schaffen. Das Argument, daß die Masse der Arbeiter von Politik nichts wissen will, ist Tatsache. Sind nun diese Arbeiter daran schuld? Was hat die Führung aller Arbeiterorganisationen in all den Jahren getan, um den Arbeitern eine politische Konzeption zu reichen, um damit wenigstens einen kleineren Teil für die politischen Aufgaben zu gewinnen? Man ist mit der Entwicklung gelaufen, um die Massen, so gut wie möglich, an der Grenze eines ruhigen Verlaufes im Tagesgeschehen zu halten. Und wir aus der KPO? Man hat nun den Läden zugemacht und die „Kunden“ waren erstaunt über diesen Akt, ohne Näheres darüber zu erfahren. Du wirst die Begründung, die nach langer Zeit erschienen ist, kennen. Wenn der „Kopf“ sagt, die Leute wollen vom Sozialismus wegen der barbarischen Maßnahmen der Russen und der Ulbrichts nichts wissen, so muß man die Gegenfrage stellen, was habt ihr getan, um einen Kreis von aufnahmefähigen Genossen um euch zu sammeln, um den Leuten verständlich zu machen, warum



politische Aktivität überwand auch die verschiedenen Krisen innerhalb dieser Gruppe und durch seine politische Beharrlichkeit ist die Substanz dieser Gruppe in Nürnberg erhalten geblieben. Als unbestechlicher Marxist zeigte er sich niemals entmutigt, und vertrat seine politischen Positionen auch unbeeindruckt durch jahrzehntelange Friedhofsstille in den Reihen der Arbeiterbewegung, welche nach dem Zweiten Weltkrieg symptomatisch war. Niemand sollte jedoch vergessen, daß Karl Grönsfelder durch sein Wirken nicht wenige der Voraussetzungen für einen Neuanfang mitgeschaffen hat. Politiker seines Formats sind heute notwendiger denn je. Karl Grönsfelder wußte wie selten einer, daß große Politik nur möglich ist durch unablässige und mühevoll Kleinarbeit. Seine selbstlose Lebensaufgabe und sein Wirken haben immer dieser Vorstellung entsprochen.

wir Kritik üben an den verhängnisvollen Methoden, ihnen aber auch aufzuzeigen, daß die sozialistische Gesellschaftsgrundlage von uns verteidigt werden und wo der Hebel in der Praxis angesetzt werden muß, um die Methoden in der Richtung zum Sozialismus anzuwenden. Wir haben das Falsche in der Arpo verurteilt, aber nichts Positives dem gegenüber gestellt. So sind wir schließlich bei Ulbricht als Objekt hängen geblieben. Kritik am sozialistischen Aufbau, wenn sie im eigenen Lager geschieht, muß davon ausgehen, als ob der Kritiker die Funktion selber ausüben würde. Das ist schwer. In Bezug auf SPD und Gewerkschaften war die Arpo im Gegensatz zur DDR sehr zurückhaltend.

Was jetzt? Mithelfen, oder besser gesagt, mit gleichgesinnten Genossen den Versuch machen, einen Kreis von Genossen zusammenzubringen, die sich mit einer politischen Konzeption befassen, die der Lage entspricht, ohne zu vergessen, daß man unten auf einem höheren politischen Niveau für Westdeutschland anfangen muß. Was wir tun können dazu, wird geschehen. Viel wird es wohl nicht mehr sein.

# Unsere Jahreskonferenz

Die Jahreskonferenzen der Gruppe *Arbeiterstimme* sind für die Gruppe das wichtigste Treffen im Jahr, das immer lange Schatten vorauswirft.

In gemeinsamen Absprachen auf unseren Monatstreffen und Redaktionsskonferenzen werden der Termin bestimmt und die Themen ausgearbeitet, die behandelt werden sollen – dann stellt sich die Frage: Wer kann das übernehmen? Bis jetzt hat es immer wieder geklappt und wir konnten mit unserer Themenauswahl zufrieden sein.

Neben der politischen Diskussion spielen die Pflege der freundschaftlichen Kontakte und der persönliche Austausch der Genossinnen und Genossen untereinander eine wichtige Rolle; die meisten sehen sich ja nur zweimal im Jahr. Aber es zählt sich aus, dass wir unser Augenmerk nicht nur auf die Politik legen – unsere Diskussionen werden in einem solidarischen Miteinander geführt; sie sind geprägt von Sachlichkeit und konstruktiver Kritik.

Unter diesen Vorzeichen tragen unsere Jahreskonferenzen stets dazu bei, unser Wissen und unsere Kenntnisse über die wirtschaftliche und politische Lage zu vertiefen und uns damit auch für die politische Diskussion außerhalb der Gruppe (Agitation) zu schulen. Die Jahreskonferenz gibt uns auch emotionalen Auftrieb, wir können hier unsere doch häufige Vereinzelung unter Gleichgesinnten aufheben.

Als besonders erfreulich ist die gute Zusammenarbeit mit der Gruppe International Dorfen herauszustellen. Genossen nehmen schon seit vielen Jahren an den Konferenzen teil und leisten auch regelmäßig mit Artikeln einen wichtigen Beitrag zur Entstehung der Zeitung.

Ebenso erfreulich war die Teilnahme von drei GenossInnen der Gruppe Arbeiterpolitik – auch zu diesen konnten die Bande fester geknüpft werden. Wir werden uns in nächster Zeit nach Kräften bemühen, diese Kontakte zu festigen und nach Möglichkeit noch zu vertiefen.

Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer entsprachen der der letzten Jahre.



Den rein organisatorischen Punkten der Tagesordnung wie Entlastung und Neuwahl von Redaktion und Kassenwart räumten wir nur geringen Zeitraum ein. Es ist zu vermelden, dass sich wieder Genossinnen und Genossen für diese Ämter gefunden haben. Von diesen organisatorischen Gesichtspunkten aus ist das Erscheinen der Zeitung *Arbeiterstimme* wieder für zwei Jahre gesichert.

Dann folgte als erster inhaltlicher Beitrag ein Bericht zur Lage der Gruppe, den ein Genosse der Redaktion vorstellte und der im Anschluss in leicht überarbeiteter Form abgedruckt wird – wie auch die anderen Referate der Jahreskonferenz. Dabei sind die Ergebnisse der Diskussion eingearbeitet.

Als Themenschwerpunkt hatten wir heuer die sich weiter verschärfende Finanz- und Wirtschaftskrise in den Mittelpunkt gestellt. Der Genosse, der sich besonders in diese umfangreiche Thematik eingearbeitet hatte und der uns bereits auf der vorjährigen Jahreskonferenz ein Referat mit dem Thema „Die Krise des Kapitalismus erschüttert die Welt: Versuch einer Analyse“ gehalten hatte, war auch dieses Jahr wieder bereit, die Zusammenhänge für uns aufzuarbeiten. Das Referat, das er dazu ausgearbeitet hatte, trug den Titel: „Der Eurokrise zweiter Teil“. Um dieses doch eher theoretische Thema mit Praxis anzufüllen, hatten wir einen Genossen eingeladen, der im September eine Woche auf einer Solidaritätsreise nach Griechenland teilgenommen hatte. Die Reise stand unter dem Motto: „Nein zu Spardiktaten und Nationalismus“. Der Genosse musste aber leider zwei Wochen vor der Jahreskonferenz seine Zusage widerrufen, da er zu sehr in die Solidaritätsarbeit eingebunden war. Um die Lage in Griechenland trotzdem authentisch darstellen zu können, verlas ein Genosse einige Passagen aus dem „Reisetagebuch“. Das Tagebuch war von einigen Teilnehmern der Reise verfasst worden. Es kann unter dem Motto der Solidaritätsreise „Nein zu Spardiktaten und Nationalismus“ im Labournet abgerufen werden. Wir drucken hier nur den Aufruf zur Solidaritätsreise ab (S. 17).

Zur weiteren Veranschaulichung der Auswirkungen der Krise berichtete ein Genosse mit profunden Kenntnissen der spanischen Wirtschaft und Politik von den Folgen der Krise auf das Hauptland der iberischen Halbinsel und welche Formen des Widerstands die spanische Bevölkerung dagegen anbietet. (*Spanien – die Abwärtsspirale dreht sich weiter*, S. 9)

Wie jedes Jahr führten wir auch heuer wieder eine Sammlung als Zeichen der praktischen Solidarität durch. Wir kamen überein, die gespendete Summe von 535 Euro auf das Spendenkonto der Griechenland-Soli zu überweisen.

Am Sonntag hatte unser englischer Genosse und Freund es übernommen, uns die geschichtliche Entwicklung des Neoliberalismus in Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg und seine Auswirkungen auf die Arbeiterklasse vorzustellen. Leider liegt uns dieser Beitrag nicht in schriftlicher Form vor. Deswegen werden hier nur einige der wichtigsten Stationen auf dem Weg der Niederlagen der britischen Gewerkschaften, der La-

bour Party und dem Niedergang der gesamten britischen Industrieproduktion vorgestellt:

*„Im Laufe der Zeit kommen die Absprachen und die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Polizei ans Tageslicht. Es gab von Seiten der Regierung genaue Planungen, wie die Niederwerfung des Bergarbeiterstreiks zu bewerkstelligen sei, damit die Bergarbeitergewerkschaft – stellvertretend für die gesamte britische Gewerkschaftsbewegung – an dessen Ende komplett zerschlagen werden konnte.*

*Zu Hochzeiten der britischen Gewerkschaften waren bis zu 13 Millionen Kolleginnen und Kollegen organisiert; heute ist das gerade noch die Hälfte.*

*Thatcher hat fast alles privatisiert, aber vor dem Bildungs- und Gesundheitssystem hatte sie zurückgeschreckt.*

*Major setzte die Privatisierung der Eisenbahn fort, was zu einem Chaos führte. Es ereigneten sich viele Unfälle und heute wird die englische Eisenbahn in Teilbereichen wieder verstaatlicht.*

*1997 wurde Blair gewählt und er vollendete die Privatisierungen. Blair haßte die Gewerkschaften und erst später wurde*

*deutlich, dass er auch die Labour Party haßte. Er hat die gewerkschaftsfeindlichen Verordnungen und Gesetze der Thatcher-Regierung nicht zurückgenommen.*

*Die Klassenzusammensetzung der Partei hat sich komplett geändert; heute gibt es fast keine Arbeiter mehr in der Partei.*

*Auch die innerparteiliche Demokratie wurde u. a. zugunsten strikter Reglementierungen bei der Parteitagestrategie nahezu abgeschafft.*

*Es gab zwar Versuche, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen, sie sind jedoch gescheitert.*

*Heute gibt es Angriffe auf den öffentlichen Dienst, sozial Schwache und Behinderte. Diese geschehen aber in bewährter Salami-Taktik; ein Ende ist nicht abzusehen.*

*Zur Zeit wird von Generalstreiks abgesehen, weil die Gewerkschaftsführungen Angst vor Strafen haben – ein Erfolg der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze, obwohl die Regierung mit immer neuen Verschlechterungen für die Lohnabhängigen kommt.*

*Es klingt unglaublich, aber heutzutage haben die Arbeiter weniger Rechte als 1906, als die Labour Party gegründet worden war.“*

## Zur Lage der Gruppe

Wir hatten vor mehreren Jahren vereinbart, nur jedes zweite Jahr eine kurze Betrachtung der Gruppenlage vorzunehmen und darüber zu diskutieren. Nun hätten wir auch sagen können, wir sparen uns diesmal die Zeit, es hat sich ja für uns im Gruppengefüge und in der Gruppenarbeit nichts wesentlich verändert. Doch was sich im Weltgeschehen anbahnt, sieht ganz anders aus. Dramatische Entwicklungen sind nicht ausgeschlossen. Gerade in dieser Situation müssen wir leider bestätigen, dass sich unsere langjährige Einschätzung einer weiteren Schrumpfung revolutionärer kommunistischer Gruppen und Kräfte in Deutschland bewahrheitet hat. Auch wir sind davon nicht verschont geblieben. Der Niedergang betrifft nicht so sehr die Kerne, die aber auch immer weniger werden, wenn keine oder zuwenig Jüngere nachkommen. Es ist das Umfeld, das immer weiter abbröckelt; teilweise ist auch ein Generationenproblem ist. Infolgedessen

ist unser alter Leserstamm aus den 70er und 80er Jahren fast verschwunden. Der Hauptgrund des Rückgangs aber ist, dass sich der seit langem fortsetzende Niedergang des Klassenbewusstseins der Lohnabhängigen entsprechend auswirkt. Das ist auch bei der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht anders. Ohne breite Basis, ohne relevante Klassenkampf-bewegungen geraten kommunistische Kerne immer mehr in die Isolation. Daran ändern auch die Beschwörungen von DKP und Rotfuchs nichts, wie es in der *jungen Welt* vom 18. Februar wiedergegeben wurde: *„Unsere Isolati-on gehört der Vergangenheit an ...“*

Was sich kurzzeitig doch bewegt hat, in den Tarifaueinandersetzungen und bei Protesten gegen Sozialabbau und Entlassungen, hatte vorübergehenden Charakter. Es blieb meist auf der Ebene des Gerangels im Rahmen der üblichen sozialpartnerschaftlichen Auseinandersetzung. Es ist nicht nur die Gewerkschaftsbürokratie, die bremst. Auch an der

Basis schaut es weithin schlecht aus mit der notwendigen Militanz, Geschichtsbewusstsein und selbständigem Handeln. Tatsache ist: Solange die Konjunktur noch läuft, kann die Mehrzahl der Lohn- und Gehaltsabhängigen materiell noch befriedigt werden. Das anschwellende Prekariat wird von der Ellbogengesellschaft einfach ausgebrems und es lässt sich noch ausgrenzen. Im Zuge der Finanz- und Bankenkrise entstand in mehreren Ländern die occupy-Bewegung, sogar ausgehend von den USA. Es zeigte sich bald, dass sich zu wenige der angeblich 99 Prozent beteiligten, einer Zahl, die sowieso aus einer Fehleinschätzung entstand. Die Parole von den 99 Prozent nutzt nichts, wenn es den 99 Prozent nicht auf den Nägeln brennt.

In gewissen Abständen kam es zu größeren gewerkschaftlichen Protesten gegen die Regierung der schwarz-gelben Koalition, mit ihrer Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Sie

mündeten jedoch in keiner größeren Welle. Die Systemfrage wurde nicht gestellt. Weiterhin bleibt es bei der Bankenkritik und bei der Illusion, den sogenannten „*Raubtierkapitalismus*“ zähmen zu können. Doch zumindest in manchen Köpfen hat sich etwas geändert: Der Kapitalismus ist nicht mehr die große Verheißung. Eine Alternative zu diesem inhumanen System können die Menschen, nach den historischen Katastrophen des Realsozialismus verständlich, aber auch nicht erkennen. Selbst nach über zwei Jahrzehnten sind die Enttäuschungen noch zu frisch.

Der Faden zwischen der heutigen Jugend und der traditionellen Arbeiterbewegung, erst recht zu sozialistischen Ideen, ist nun fast ganz abgerissen. Es muss viel geschehen, bis es ein neues Herantasten gibt. Natürlich, es ist wie immer: Ausnahmen bestätigen die Regel.

Selbst jetzt, wo in Form der Linkspartei eine Alternative zu den neoliberalen Staatsparteien zur Verfügung stünde, springen stattdessen viele Jugendliche bei den diffusen Piraten auf. i-phone-Wohlstandsbürger werden eben kaum die Mühsal einer marxistischen Kleingruppe suchen ... Da müsste schon viel passieren.

Auch die Linkspartei ist den beschriebenen ungünstigen Bedingungen ausgesetzt, auch ihr fehlt der Rückhalt sozialer Bewegungen und der Rückgang der Friedensbewegung setzt ihr ebenfalls zu. Mit den Täuschungsmanövern, mit denen die SPD die unsoziale Schröder-Agenda ungeschehen machen will, hat sie teilweise leider Erfolg, was zu lasten der Partei DIE LINKE geht. So verliert diese Mitglieder und Wähler, was auch auf ihren inneren Zustand zurückwirkt. Die Aktivitäten gehen, besonders im Osten, zurück. Die Entstehung dieser Partei hatte andererseits negative Auswirkungen auf bestehende kommunistische Gruppen. Weniger was deren Kerne betrifft, umso mehr aber, was ihre Sympathisanten und Leser angeht. Auch für uns ist das ein fühlbarer Vorgang, der sich im Wegbleiben von Abonnenten und Spendern auswirkt. Auch werden die Mitglieder von der Partei mit politischer Literatur ausgiebig bedient. Zweimal Geld auszugeben, fällt da schwer. So trifft uns der Rückgang von verschiedener Seite.

## Nun zur Gruppenarbeit

Ungeachtet dieser verschlechterten Situation haben wir in den beiden Berichtsjahren unsere selbst gestellten Mindestaufgaben bewältigt, manchmal freilich mit großen Anstrengungen verbunden. Zu verdanken ist das vor allem dem Zusammenhalt unseres kleinen Kreises, der Opferbereitschaft Einzelner und einem genossenschaftlichen Umgang. Wir konnten wieder pro Quartal eine Nummer der *Arbeiterstimme* erstellen, meist mit 36 Seiten.

In guter Zusammenarbeit kamen wieder Umbruch, Versand und Verkauf der acht Nummern zustande.

Die Gruppe ruft traditionsgemäß zwei Mal im Jahr Mitglieder und Sympathisanten zur Diskussion zusammen; im Frühjahr zum Seminarwochenende nach München und im Herbst auf zur Jahreskonferenz nach Nürnberg.

An der Linken Literaturmesse im November in Nürnberg werden wir uns wieder beteiligen.

Die finanzielle Lage der Gruppe hat sich verschlechtert. Das gilt vor allem für die Abozahlungen und die Leserspenden. Die sind im Berichtsjahr stark zurückgegangen. Mancher vierzehntägiger Kontoauszug enthielt keine oder ganz wenige Zahlungen. Da war zudem das seltsame Gebaren der Post, die die Zahlscheine auf wenige Zusendungen beschränkte und erst nach langen Protesten zudem noch den falschen Text druckte. Da wir normalerweise keine Rechnungen verschicken, brauchen die Abonnenten diesen Anstoß, der nun fehlte. Übrigens muss man trotz allem positiv werten, dass die meisten 20 Euro statt 13 überweisen.

Der Hauptgrund für den Rückgang dürfte ein politischer sein. Der einstige Leserstamm, den wir hatten, ist alt geworden und ausgeschieden. Neue Leser zu finden ist nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Welt, trotz der Krise des Kapitalismus, äußerst schwierig. Selbst politisch links stehende haben immer noch Illusionen. Auch die Linkspartei hat große Teile der Linken an sich gebunden. Der Zugang zur Jugend wird immer schwieriger. Unsere ehemals scharfe politische Abgrenzung zu den kommunistischen Hauptströmungen hat nach der Wende abgenommen. Ob das anders wird mit dem Leserschwind, wenn die Krise

des Kapitalismus auch in Deutschland im täglichen Leben stärker durchschlägt, bleibt abzuwarten. Wir werden bis dorthin immer mehr auf uns selber zurückgeworfen sein.

Umso mehr müssen wir die gute Zusammenarbeit mit der Gruppe International, hervorheben.

Von der Gruppe Arbeiterpolitik wurde vor einigen Monaten erneut der Vorschlag einer engeren Zusammenarbeit eingebracht und wir haben zugestimmt. Die Schwierigkeiten liegen darin, bei unserer Überlastung und zahlenmäßigen Schwäche die Annäherung mit Leben zu erfüllen, wie z. B. an den regelmäßigen Treffen und Terminen teilzunehmen. Näheres müssen wir noch zusammen diskutieren.

Genossinnen und Genossen, vieles deutet daraufhin, dass das nächste Jahr ein politikträchtiges Jahr sein wird. Wahlkampf und Bundestagswahl stehen ins Haus. Die fortschreitenden Krisen des Kapitalismus könnten eine neue Lage entstehen lassen. Neben den Erschütterungen in der europäischen Union, die auch Deutschland nicht aussparen werden, wird von den ökonomischen Instituten die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit in den USA und Japan vorausgesagt, für China eine soziale und politische Krise und im Nahen Osten und um den Iran wird das Kriegsgeschrei immer lauter. In Indien demonstrierten kürzlich 50 Millionen gegen die Streichungspolitik, in Indonesien kam es zum Generalstreik. Jähe Wendungen ökonomischer und politischer Art sind deshalb nicht ausgeschlossen. Was heute gilt, mag morgen schon nicht mehr gelten. Die Masse der Bevölkerung in Deutschland hat den Ernst der Lage noch nicht erfasst. Die heute für unser Wollen ungünstigen Verhältnisse können sich ändern und werden sich ändern. Wohin – das kommt dann auf die Kräfteverhältnisse an.

Für uns gilt, sich zusammen mit anderen darauf vorzubereiten, vor allem nach der Prämisse von Karl Marx: „*Kommunisten haben der Masse des übrigen Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, in den Gang der Entwicklungen und in die vorläufigen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.*“

Das heißt für uns mit realistischen Analysen am Puls der Geschehnisse zu bleiben, aber natürlich nicht nur das.



## Kritische Anmerkungen zu Ernst Lohoffs und Norbert Trenkles Aufsatz: „Auf der Mülldeponie des fiktiven Kapitals“ in *Arbeiterstimme* Herbst 2012, Nr. 177

### *Leserbrief* Zuschrift

Lohoff und Trenkle (im Folgenden die Autoren genannt) machen die folgende Voraussetzung: „*Noch nie in seiner Geschichte hatte der Finanzsektor auch nur ansatzweise so großes Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft wie in der gegenwärtigen Epoche. In den 1970er Jahren waren Derivate noch so gut wie unbekannt. Heute liegt das Gesamtvolumen allein dieses neuen Typs von Finanzmarktprodukten ... bei 600 Billionen Dollar und erreicht damit ungefähr das Fünfeinfache der weltweiten Summe der Bruttoinlandsprodukte ...*“ (Abschnitt 1). In der Politik der Regierungen und der Zentralbanken der kapitalistischen Industriestaaten, „*...als traditionell verlässlicher aller Schuldner die Altlasten ...*“ der Finanzspekulationen zu übernehmen (Abschnitt 4) sehen sie „*... ein riesiges Inflationspotential aufstauen ...*“, das „*früher oder später auch in den USA und Europa in eine Entwertung des Geldmediums umschlagen (muss).*“ (Abschnitt 5)

Allein die Gegenüberstellung von vorhandenem (Buch-)Geldvermögen und Sachwertvermögen würde schon ausreichen, eine erhebliche Inflationsgefahr zu erkennen. Die Frage müsste eigentlich lauten, warum es trotz der großen und wachsenden Schere zwischen Sachvermögen auf der einen Seite und Geldvermögen auf der anderen Seite nicht schon längst zu explosiven Inflationssschüben gekommen ist. Die Antwort auf diese Frage könnte lauten, dass die in den beiden Sphären der Warenwirtschaft und der Finanzwirtschaft agierenden bürgerlichen Klassen diese Sphären gewöhnlich getrennt gehalten haben und noch halten.

Die Autoren gehen die Sache jedoch anders an, indem sie postulieren, dass die „*'Realwirtschaft'* ... zu einem bloßen Anhängsel der *'Finanzindustrie'* geworden (sei).“ (Abschnitt 1) In Wirklichkeit gehen sie noch weiter: Sie verschmelzen gedanklich Produktiv- und Finanzkapital, indem sie schreiben, dass „*der Kauf und Verkauf von Aktien, Schuldtiteln und anderen Zahlungsverprechen ... ins Zentrum der Kapitalakkumulation gerückt, und die 'Realwirtschaft' ... zu einem bloßen Anhängsel der 'Finanzindustrie' geworden*

(ist)“ (Abschnitt 1) Nun sind aber Aktien keine Zahlungsverprechen (von der kleinen Sondergruppe der Vorzugsaktien abgesehen), sondern Anteilscheine an Unternehmen. Zahlungsverprechen sind sie vielleicht in der Vorstellungswelt von Kleinaktionären, die tatsächlich aus ihren Anteilen keine wirklichen Einfluss auf die Unternehmensführung ableiten können und nur darauf hoffen können, dass Dividende ausgeschüttet wird. Aus der Sicht von Großaktionären und -investoren sieht die Welt aber anders aus, denn sie können Aufsichtsräte und Vorstände besetzen und auf der Hauptversammlung über die Dividende bestimmen. Auch an anderer Stelle (Abschnitt 2) wird diese Gleichsetzung vorgenommen; dort werden „*Staatsanleihen, Aktien, Hypothekenkredite, Derivate etc.*“ plötzlich zu „*Eigentumstiteln*“, was, bezogen auf Anleihen und Derivate, ebenso falsch ist.

Dass diese Papiere, Eigentums- wie Schuldtitel sowie von diesen „*abgeleitete*“ (derivate) Papiere allesamt auf den Finanzmärkten als so genannte Finanzprodukte gehandelt werden, macht sie dennoch nicht gleich. Die Autoren greifen Marxens Formulierung des fiktiven, also scheinbaren, Kapitals auf; das bleibt bei Marx auch fiktiv. Bei Lohoff/Trenkle wird es aber unter der Hand zu wirklichem, realem Kapital, die Grenze zwischen Produktion und Spekulation wird damit ausradiert. Profit aus der Mehrwertproduktion und Spekulationsgewinne bleiben aber unterscheidbar und die Rettung der Spekulanten auf dem Wege der „*Sozialisierung*“ der Kosten der Bankenrettung folgt nicht ökonomischen Gesetzen, sondern dem Gewicht der Interessen der herrschenden Klassen, also politischen Motiven.

Den Autoren geht es erkennbar darum, eine ökonomische Logik für das Anschwellen des Buchgeldes gegenüber einer weniger stark wachsenden „*Realökonomie*“ zu finden. Aber zum einen ist mit der „*digitalen Revolution*“, dem Zusammenbruch der SU und der Öffnung Chinas etc. der kapitalistische Weltmarkt erheblich gewachsen und es sind dementsprechend auch die Profite und die Profitmasse aus der „*Realwirtschaft*“ angestiegen. Aber es konnte offensichtlich das so angewachsene anlagesuchende Geldkapital nicht aus-

reichend profitable Investitionen finden. Als brachliegendes Geldkapital ist es zum Teil in den Kredit und zum Teil in die Spekulation gegangen. Die Folgen kennen wir. Die Senkung der Profitraten in der Finanzwirtschaft, die Rainer Roth gut dokumentiert hat, führte zur zunehmenden „*Hebelung*“ der Finanzprodukte, d. h. gewaltiger Ausdehnung der Spekulationskredite, mit der Folge von ebenso gewaltigen Zusammenbrüchen bei Insolvenz.

Die Rettung der insolventen Finanzinstitute war nicht in erster Linie ökonomische Notwendigkeit. Eine staatliche Bank hätte die für die Wirtschaft erforderlichen Kredite jederzeit und ohne Weiteres bereit stellen können, in jedem der betroffenen Länder. Es ging um die Rettung der Vermögen jener Personengruppen, die wir gemeinhin als herrschende Klassen bezeichnen. Jener Klassen, deren Organisationsform der bürgerliche Staat ist. Es ist die Eigenschaft der herrschenden Klassen einer Gesellschaft, die Kosten ihrer Herrschaft ebenso wie die Folgen ihrer Fehlspekulationen – sei es in Kriegen auf dem Schlachtfeld oder an den Finanzmärkten – von den beherrschten Klassen bezahlen zu lassen. Das ist es, was wir erleben. Die weniger gut vernetzten Opfer der gescheiterten Spekulation werden uns dann als Alibi vorgehalten, dass nicht alle Spekulanten vom Steuerzahler gerettet werden.

Die gesellschaftskritische Bußpredigt in den Abschnitten 5 und 6 ist m. E. ohne zwingenden Zusammenhang mit den vorangegangenen Ausführungen. Sie enthält m. E. viel Richtiges, aber es war nicht nötig, Realwirtschaft und Finanzspekulation so wie geschehen in Eins zu setzen, um das Ausmaß der Spekulation und des bzw. der folgenden Zusammenbrüche zu erklären. Im Hinblick auf die Realwirtschaft verhalten sich die Akteure der Bourgeoisie ja durchaus weiterhin rational, insoweit sie mit ihrem überschüssigen Geldkapital nicht die Preise für physisches Eigentum inflationär in die Höhe treiben, was ja auch für sie eine faktische Teilenteignung bedeuten würde. Das ändert selbstverständlich nichts daran, dass der Überhang an anlagesuchendem Geldkapital bedrohlich bleibt.

Aleko, 6. 10 2012

## Literaturliste

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |                                       |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| <b>K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition</b> eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag                                                                                                                                                                         | 1983, 234 Seiten , 14,00 €            |
| <b>Die Bremer Linksradikalen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | 66 Seiten, 2,00 €                     |
| <b>Register der „Arbeiterstimme“</b> 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989                                                                                                                                                                                                                                                                          | je 1,00 €                             |
| <b>Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</b> (Hrsg. Achim Kowalczyk)                                                                                                                                                                                                                                            | <b>Sonderpreis</b> 192 Seiten, 5,00 € |
| <b>Immer noch Kommunist?</b> Erinnerungen von Paul Elflein                                                                                                                                                                                                                                                                                          | 146 Seiten, 5,00 €                    |
| Theodor Bergmann: <b>Gegen den Strom</b> , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)                                                                                                                                                                                                                                                     | 624 Seiten, 20,00 €                   |
| Jens Becker: <b>Heinrich Brandler</b> – Eine politische Biographie                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 510 Seiten, 20,00 €                   |
| Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: <b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)                                                                                                                                                                               | 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €        |
| <b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                                | 30 Seiten, 1,50 €                     |
| <b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                        | 1931, 32 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Um was geht es? Zur Krise der KPD</b> (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                                                                                        | 1929, 32 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)</b>                                                                                                                                                                                                                                                                               | 1931, 75 Seiten, 3,00 €               |
| <b>Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?</b> Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) | 1932, 34 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                    | 1932, 27 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik                                                                                                                                                | 1974, 95 Seiten, 2,50 €               |
| <b>Fluchtpunkte</b> , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung                                                                                                                                                                                                                                                          | 316 Seiten, 20 €                      |
| <b>Die Potsdamer Beschlüsse</b> , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                    | 1945, 32 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</b> (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                                                      | 1946, 27 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Weißer Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung                                                                                                                                                     | 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €           |
| <b>August Thalheimer and German Communism</b> – Revolutionary History                                                                                                                                                                                                                                                                               | 320 Seiten, 15 €                      |
| <b>Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</b> (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                                                                              | 1952, 43 Seiten, 1,50 €               |
| <b>Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution</b> (Heinrich Brandler)                                                                                                                                                                                                                                                                        | 1950, 140 Seiten, 5,00 €              |
| <b>Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion</b> , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU                                                                                                                                                                                                 | 1974, 68 Seiten, 3,00 €               |
| <b>Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie</b> (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                                                                                | 1928, 54 Seiten, 2,00 €               |
| <b>Der Weg der Gewerkschaften</b> , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)                                                                                                                                                                                                                                  | 1948, 181 Seiten, 4,00 €              |
| <b>Ostblock - Westblock</b> , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)                                                                                                                                                                                                                                                   | 7,50 €                                |
| <b>Der Faschismus in Deutschland</b> , Analysen und Berichte der KPD-Opposition                                                                                                                                                                                                                                                                     | 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €        |

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**

## Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter\_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.



**ROTE HILFE e. V.**, Bundesgeschäftsstelle

Postfach 3255, 37022 Göttingen

bundesvorstand@rote-hilfe.de, [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

**Spendenkonto:** Rote Hilfe e.V.

Konto-Nr: 19 11 00 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF



## DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression

**DIE ROTE HILFE** erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

**Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

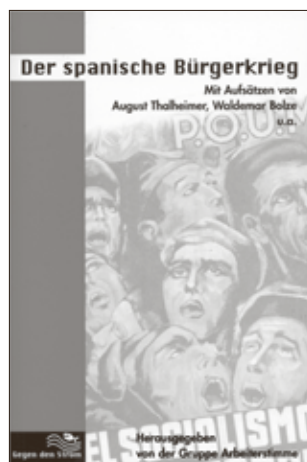


**Auch in gut sortierten  
Bahnhofsbuchhandlungen**

**DIE ROTE HILFE**–Redaktion

Postfach 3255, 37022 Göttingen

[rhz@rote-hilfe.de](mailto:rhz@rote-hilfe.de)



240 Seiten, Paperback, € 12,-

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in

der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**Bestelladresse: T. Gradl**

**Postfach 910307**

**90261 Nürnberg**

[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)



510 Seiten, Paperback, € 20,-



624 Seiten, Paperback, € 20,-



168 Seiten, Paperback, € 10,-